Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

136 (18.5.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in unsr. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 22.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 25.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 25.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 25. monatlich. Einzelverkauf 1.— Mk.
Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.
Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joh; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 87. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 136. — Donnerstag, den 18. Mai 1922 — Erstes Blatt.

Die Note vom 9. Mai und die Zwangsanleihe.

Von Dr. Julius Curtius, M. d. R.

Die Note der Reichsregierung vom 9. Mai ist infolge der Genueser Konferenz wenig beachtet worden. Ihr verschwommener Inhalt erschien nichtssagend. Man hielt sie für eine Formalität zur Wiederanknüpfung unmittelbarer Verhandlungen mit der Reparationskommission, für ein harmloses Präludium zu diesem Diplomatenspiel. Daß ihr Inhalt mit den Mitgliedern der Reparationskommission vorher vereinbart sein sollte, verzeichnete man mit Genugtuung, obwohl ein solcher Umstand das größte Mißtrauen hervorrufen müßte. Denn es ist selbstverständlich, daß die Reparationskommission, die noch vor kurzem, in ihrer Note vom 13. April, an ihrer Entscheidung vom 21. März mit aller Bestimmtheit festgehalten hatte, inzwischen nicht ihren Standpunkt gewechselt hat, daß also eine vorherige Verständigung mit der Reparationskommission die Verschleierung der gefährlichsten Pläne bedeuten würde. Glücklicherweise sind wir dieser Sorge enthoben, nachdem die Reparationskommission ihre Mitwirkung an der Abfassung der deutschen Note vom 9. Mai durch die Havasagentur dementiert hat.

Aber trotz des vorerwähnten Dementis muß die deutsche Note vom 9. Mai größte Bedenken erwecken. Ihr Inhalt ist entgegen den bisherigen Noten völlig verschwommen. Ihre Vieldeutigkeit könnte von den Verhandlungsgegnern ausgenutzt werden. Träte die Reichsregierung mit neuen Vereinbarungen vor das deutsche Volk, die den feierlichen Erklärungen des Reichskanzlers vom Anfang April widersprächen, so könnte auch sie sich auf diese Vieldeutigkeit berufen, wenn die deutsche Oeffentlichkeit nicht klar zu erkennen gegeben hätte, in welchem Sinne allein sie die deutsche Note vom 9. Mai verstanden wissen will.

Soweit die Note kritisiert worden ist, hat sich die Kritik fast ausschließlich mit der angeblich bedenklichen Fassung des zweiten Teiles beschäftigt. Es ist richtig, daß die Reichsregierung hiernach beabsichtigt, sich mit der Reparationskommission über die von ihr geplanten gesetzgeberischen Schritte auf dem Gebiet der Finanzgebahrung ins Benehmen zu treten. Das kann aber nicht bedeuten, daß die Reichsregierung der Reparationskommission die geforderte Finanzhoheit durch gesetzgeberische Maßnahmen einräumen will. Würde das Kabinett Wirth etwas derartiges unternehmen, so würde es nicht nur in den Reihen der Regierungsparteien Widerstand finden, sondern auch diejenigen, die durch ihre Haltung im April die Genueser Politik und die Ablehnung der Forderungen der Reparationskommission überhaupt erst ermöglicht haben, in die denkbar schärfste Opposition treiben. Darüber darf sich die Reichsregierung keiner Täuschung hingeben. Wir wollen unsere Souveränität unter allen Umständen wahren und keinen Schritt weitergehen, als der Friedensvertrag uns zwingt. Dieser aber gesteht der Reparationskommission keinerlei Finanzhoheit zu. Die Reparationskommission kann sie auch nicht für Entgegenkommen in Ausführung des Londoner Zahlungsplans als Gegenleistung beanspruchen. Dadurch würde der ganze Charakter der Reparationskommission, ja die ganze Grundlage des Friedensvertrages verschoben.

Die Kritik an der Note der deutschen Reichsregierung vom 9. Mai braucht also beim zweiten Punkte nicht zu verweilen. Umso größere Bedenken erweckt dagegen der erste Punkt. Hier bedarf es unbedingt der Darlegung in aller Oeffentlichkeit und einer alsbaldigen Stellungnahme der Reichsregierung. Sie stellt den Grundsatz auf, daß die gesamten in Papiermark entstehenden Staatsausgaben durch Einnahmen aus Steuern und inneren Anleihen ohne Vermehrung der Geldinflation gedeckt werden müßten und erkennt an, „daß es notwendig ist, alsbald weitere Schritte für die Durchführung dieses Grundsatzes zu tun." Zwar wird die Einführung weiterer Steuern im Betrage von 60 Milliarden Mark vor dem 31. Mai 1922 — doch wohl selbstverständlich auch nach dem 31. Mai 1922! — abgelehnt. Die deutsche Regierung ist aber bereit, vor diesem Tage der Reparationskommission einen eingehenden Plan mitzuteilen, der dem eingangs aufgestellten Grundsatz Rechnung trägt.

Dem Reichstag ist soeben unter dem Datum vom 5. Mai vom Reichsminister der Finanzen der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages für das Rechnungsjahr 1922 zugestellt worden. Dem Haushalt wird die Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922, d. h. Barzahlungen von 720 Millionen, Sachleistungen von 1450 Millionen Goldmark, zugrunde gelegt. Die Gesamtaufwendungen belaufen sich auf rund 226 Milliarden Mark. Davon sollen 16 aus Ueberschüssen des Haushalts der Reichsverwaltung gedeckt werden. In den übrigen 210 Milliarden Defizit stecken zunächst rund 80 Milliarden Papiermark, die durch Umrechnung der Barzahlungen von 720 Millionen Goldmark und der Abdeckung der Passiv-Salden im Ausgleichsverfahren entstanden sind. Ferner rund 130 Milliarden Papiermarkzahlungen für die Sachleistungen.

Bei Beratung des Ermächtigungsgesetzes für Auflegung der Zwangsanleihe ist festgestellt, daß das Aufkommen von 1 Goldmilliarde gleich 60 Papiermilliarden, wie das Reichsfinanzministerium heute rechnet, zur Abtragung „eines Stückes" dieses in Papiermark entstehenden Defizits des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrags dienen soll. Niemand hat die Abdeckung des ganzen Defizits für möglich gehalten, niemand hat gewagt, es zu fordern. Ein Aufkommen der Zwangsanleihe in Höhe von 1 Goldmilliarde bedeutet nach den Erklärungen beim Steuerkompromiß die äußerste Belastung der deutschen Wirtschaft. Mit dem dann noch verbleibenden Defizit von 70 Milliarden aus obengenannten 130 Milliarden muß man sich abfinden. Sollen die katastrophalen Folgen weiterer Inflation vermieden werden, so kann das nur durch eine endgültige Regelung der Gesamtverpflichtungen Deutschlands nach einem erfüllbaren Maße geschehen.

Nun wird — und auf diese bisher nur vereinzelt geäußerte Befürchtung muß hingewiesen werden — von dem Plan gesprochen, daß die Deckung dieses Defizits von 70 Milliarden statt auf dem Wege weiterer Steuern dadurch ermöglicht werden solle, daß mittels der Zwangsanleihe mehr als 60 Papiermilliarden herausgeholt werden. Man weist darauf hin, daß nach den bekannt gewordenen Bestimmungen des Entwurfs zu einem Ausführungsgesetz der Zwangsanleihe ein sehr enger Tarif vorgeschlagen werde, der bei Vermögen bis zu 250 000 M einen Steuersatz von 2 Prozent vorsehe, von 250 000 zu 250 000 mit je weiteren 2 Prozent ansteige und den Höchstsatz von 10 Prozent bereits bei einem Vermögen von 1 250 000 M erreiche. Es soll sich daraus eine Durchschnittsbelastung von 5 Prozent ergeben. Das Reichsfinanzministerium hat die durchschnittlich 5prozentige Vermögensbelastung, wie man hört, auf ein gesamtes steuerbares Volksvermögen von 1200 Papiermilliarden veranschlagt, und zwar soll dies das wirklich zur Versteuerung gelangende Vermögen darstellen. Kein verantwortlicher Politiker hat freilich bei der gegenwärtigen außenpolitischen Lage das Recht, das deutsche Volksvermögen höher darzustellen, als es wirklich ist. Im Gegenteil, zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage muß immer wieder darauf hingewiesen werden, wie ungeheuer groß die Verluste an Substanz des deutschen Vermögens sind. Aber so niedrig wie im Vorstehenden ist das deutsche Volksvermögen denn doch nicht zu veranschlagen. 1200 Papiermilliarden würden rund 20 Goldmilliarden darstellen. Eine Gegenüberstellung, die ohne weiteres zeigt, daß die Zahl 1200 zu niedrig gegriffen sein muß. Daraus folgt aber, daß die vorgeschlagene Belastung des deutschen Volksvermögens mit Zwangsanleihe weit über das Maß hinausgeht, das nach dem Steuerkompromiß und dem Ermächtigungsgesetz zur Zwangsanleihe notwendig ist, von der Tragbarkeit für die deutsche Wirtschaft ganz zu schweigen. Es ist zu hoffen, daß das Reichsfinanzministerium und das Reichskabinett nicht wirklich die Absicht haben, auf diesem Wege eine Deckung für das Defizit von 70 Milliarden zu suchen und die Forderung der Reparationskommission zu befriedigen. Das würde eine Täuschung darstellen, die sich der Reichstag nicht gefallen lassen könnte.

Das Reichskabinett darf sich insbesondere über die Stellung der Deutschen Volkspartei nicht im Unklaren sein. Es ist ihm bekannt, wie schwer es der Deutschen Volkspartei geworden ist, überhaupt die Zustimmung zur Zwangsanleihe zu geben. 1 Goldmilliarde war das äußerste, was sie bewilligen wollte und konnte. Sie hat, wie allgemein bekannt, die Bewilligung von Bedingungen abhängig gemacht, die heute immer noch nicht erfüllt sind. Sie hat stets betont, daß wichtiger als das Ermächtigungsgesetz selbst das Ausführungsgesetz zur Zwangsanleihe wäre. Für die Beratungen dieses Gesetzes besitzt die Deutsche Volkspartei völlige Freiheit. Sie wird kein Ausführungsgesetz zur Zwangsanleihe bewilligen können, das über die Vereinbarungen beim Steuerkompromiß hinaus die Wirtschaft noch härter trifft, als damals in Kauf genommen werden sollte und sie völlig leistungsunfähig macht. Das dürfte einstimmige Auffassung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sein. Es ist notwendig, dies mit aller Entschiedenheit zu betonen, und Pflicht aller derer, die die deutsche Innenpolitik vor Krisen bewahren wollen, solche Bedenken, wie sie vorstehend geschildert sind, in die Oeffentlichkeit zu tragen, um eine alsbaldige Stellungnahme herbeizuführen.

Unter dem Eindruck der amerikanischen Absage.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß durch die bedingte Ablehnung der amerikanischen Regierung, an der Haager Konferenz teilzunehmen, die politische Situation stark verändert ist. Gelingt es einer sofort abgegangenen zweiten Note Lloyd Georges nicht, die Haltung Amerikas zu ändern, so endigt die Konferenz von Genua mit einem Mißerfolg für England, der umso schwerer empfunden werden muß, als er von einer Stelle kommt, der sich Lloyd George vollkommen sicher glaubte. Bleibt es bei der jetzigen Haltung Amerikas, so gerät Lloyd George in eine außerordentliche schwierige Lage. Seine Stellung ist dann besonders innenpolitisch schwer gefährdet. Die jüngste Niederlage der englischen Regierung bei einer Abstimmung im Parlament zeigt, wie unzuverlässig die jetzige englische Regierungsmehrheit ist. Lloyd George hat in der letzten Zeit überhaupt wenig Glück in seiner Innenpolitik gehabt, auch die Beruhigung Irlands ist ihm nicht gelungen; auf der rechten Seite arbeiten die Konservativen, auf der linken Seite die unabhängigen Liberalen auf seinen Sturz hin.

Es scheint, als ob Poincaré in Erkenntnis der Schwäche Lloyd Georges seiner russischen Politik einen andern Kurs geben will. Die Absage Amerikas empfindet Poincaré als ein Vertrauensvotum der amerikanischen Regierung für die französische Politik. Durch seine Pariser Preßorgane läßt er die Uebereinstimmung der amerikanischen und französischen Anschauung in bezug auf Sowjetrußland stark betonen. Mit verdächtigem Eifer setzt er sich nun für die Haager Konferenz ein, von der er ursprünglich nichts wissen wollte. Mit starker Betonung läßt er die französische Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Haager Konferenz verkünden. Es scheint, daß dieser gerissene Politiker hofft, nach dem Abgang Lloyd Georges auf der Haager Konferenz die selbe Rolle zu spielen wie Lloyd George in Genua. Drei Möglichkeiten könnten Poincarés Pläne verhindern: 1. die Erkenntnis Amerikas, daß es durch seine jetzige Politik den französischen Militarismus stärkt, 2. die Aussicht, daß Lloyd George noch einmal eine starke Parlamentsmehrheit gewinnt und damit seine europäische Machtstellung zurückerobert oder 3. die Möglichkeit, daß anstelle Lloyd Georges ein lebensfähiges liberales Ministerium Asquith die Leitung der englischen Staatsgeschäfte übernimmt.

*

Amerikanische Urteile über den russischen Markt.

London, 17. Mai. (Drahtber.) Die „Times" berichten aus Washington über eine sehr wichtige Rede, die Handelssekretär Hoover auf der Jahresversammlung der amerikanischen Handelskammern gehalten hat. Hoover sagte u. a.: Das russische Volk sterbe an der Zerstörung der Produktivität. Die Behauptungen, Rußland biete ein großes Feld für den Verkauf von amerikanischen Waren und für den Erwerb von Millionen amerikanischer Arbeiter, ständen im Werte genau so tief, wie der bolschewistische Rubel. Vor dem Kriege habe Rußland nur 1 % der amerikanischen Ausfuhr aufgenommen, was, zurückgeführt auf die Arbeitszeit der amerikanischen Arbeiter einen Erwerb für rund 30 000 amerikanische Arbeiter bedeute. Wenn Amerika die finanzielle Unterstützung auf einer andern als der wohltätigen Grundlage erwägen wolle, so müsse es das Problem von einem praktischen Standpunkt aus ansehen. Zwei Tatsachen kämen dabei in Betracht:

1. Daß Rußland bankrott sei; Rußland habe keine Produktivität und könne für lange Zeit nichts im Austausch bieten.
2. Wenn das amerikanische Volk aufgefordert werde, seine Ersparnisse für den Wiederaufbau der Produktivität Rußlands anzulegen, so werde es Sicherheiten für die Rückzahlung und Gewähr fordern, daß dann eine Rückkehr zur Produktivität stattfindet.

Die Schwierigkeit sei aber die, daß unter dem augenblicklichen System in Rußland sowohl Sicherheit als auch Aussicht auf Produktivität nicht möglich sei. Diese müsse klargestellt werden für den amerikanischen Kapitalsanleger, dessen Ersparnisse in Gefahr seien und für den amerikanischen Kaufmann, um dessen Waren es sich handelt.

Der Wiederaufbau von Petersburg.

b. **Berlin**, 17. Mai. Der Wiederaufbau der früheren russischen Hauptstadt Petersburg wird auf Grund eines Vertrages mit der russischen Regierung durch das deutsche Bankkonsortium Mercator ausgeführt werden. Deutsche Facharbeiter werden demnächst mit dem nötigen Baumaterial von Stettin abfahren. Zunächst sollen die Kanalisation und das Wasserwerk wieder in Betrieb gebracht werden. Es werden dazu zwei Jahre gebraucht. Die Gesellschaft hat außerdem den Auftrag erhalten, die verfallenen Häuser wieder herzustellen. Es handelt sich um etwa 80 % aller Wohnhäuser von Petersburg, die nach europäischen Begriffen unbewohnbar sind.

Die Russen nehmen an.

Genua, 17. Mai. (Drahtbericht.) In der heutigen Vormittagssitzung der Westmächte mit den Russen erklärte der Führer der russischen Delegation, Tschitscherin, daß seine Regierung den Konferenzvorschlag der Westmächte annehme; sie protestiere jedoch gegen den Ausschluß Deutschlands von den Beratungen und sie wünsche, daß Stockholm, Riga oder London als Konferenzort gewählt werde; sie wünsche ferner, daß das Friedensabkommen auf alle Sowjetrepubliken ausgedehnt werde, und daß die irregulären Banden in Finnland, in Polen und in Rumänien aufgelöst werden. In seiner Antwort erklärte Lloyd George, daß der Ausschluß Deutschlands aus den Verhandlungen berechtigt sei. Wenn auf der Konferenz ein Uebereinkommen erreicht würde, so solle Deutschland von der Mitarbeit am Wiederaufbau Rußlands nicht ausgeschlossen werden. Eine weitere Sitzung wurde auf heute nachmittag anberaumt.

*

Reichskanzler Dr. Wirth kehrt direkt nach Berlin zurück.

t. **München**, 17. Mai. Im Gegensatz zu den bis heute mittag an zuständiger Stelle in München vorlegenen Informationen steht, wie die Telegraphen-Union bestimmt erfährt, fest, daß Reichskanzler Dr. Wirth auf der Rückfahrt von der Genueser Konferenz seinen beabsichtigten Besuch in München nicht ausführen wird. Die Parteien des Reichstags wünschen, daß der Reichskanzler nach Beendigung der Konferenz in Genua möglichst bald über den Verlauf der Konferenz dem Reichstag eingehend Bericht erstatte. Der Wunsch der Parteien ist so dringend, daß der Reichskanzler den beabsichtigten Besuch in München vorerst aufgeben und erst später nach München kommen wird.

In Erwartung amerikanischer Vorschläge.

t. **London**, 17. Mai. Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt, dem Besuch Morgans, der jetzt von Neuyork nach Europa unterwegs ist, sehe man in Bank- und in politischen Kreisen mit großem Interesse entgegen. Morgan soll mit endgültigen Vorschlägen kommen, die für die Reparationsfrage von großem Nutzen seien und dazu beitragen würden, daß eine der Hauptursachen der Reibungen zwischen England und Frankreich beseitigt würden. Ein bekannter Bankier Londons hat die Vorschläge Morgans folgendermaßen gekennzeichnet: Zunächst müssen Vereinbarungen zwischen den Alliierten zustande kommen um den augenblicklichen Reparationsbetrag auf eine vernünftige Summe herabzusetzen; 2½ Milliarden Pfund Sterling würden als solche Summe angesehen, wobei noch in Anschlag gebracht werden müsse, was Deutschland bereits bezahlt habe und was, unter Abrechnung des abgetretenen Staatseigentums, der englische Finanzminister auf 200 Millionen Pfund Sterling veranschlagt habe.

Auf dieser Grundlage dürfte Deutschland wie angenommen werde in der Lage sein, den Zins- und Amortisationsbetrag für seine Schulden aufzubringen. Wenn Deutschland eine Anleihe erhält, so muß es bereit sein, in Gestalt eines Pfandrechts Garantien auf die Zölle zu geben und müsse außerdem eine Nebensicherheit wie z. B. die Eisenbahnen für die Bezahlung seiner Zinsen bieten und zu gleicher Zeit den Druck von Papiergeld einstellen.

*

Paris, 17. Mai. Die „Chigago Tribune" glaubt folgendes zu wissen: Frankreich sehe voraus, daß das Komitee von Bankiers, das am 24. Mai in Paris tagen wird, um die deutsche Außenanleihe vorzubereiten, wahrscheinlich zu einer neuerlichen Herabsetzung der deutschen Reparationen kommen werden. Es wäre nicht unmöglich, daß die Reparationsschulden, die gegenwärtig auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt sind, nach diesen Besprechungen auf 70 oder 80 Milliarden Goldmark reduziert würden.

Oberschlesien.

t. **Genf**, 17. Mai. Die gestrige Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates war der oberschlesischen Frage gewidmet. Der Rat bestätigte die Ernennung des Altbundesrats Calonder zum Präsidenten der gemischten Kommissionen in Oberschlesien, die ihren Sitz in Kattowitz haben wird und die Ernennung des Professors Kackenbeck zum Präsidenten des deutsch-polnischen Schiedsgericht das in Beuthen seinen Sitz haben wird. Altbundesrat Calonder übergab ein Exemplar des am Montag unterzeichneten deutsch-polnischen Vertrages und erklärte sich bereit, für ein Jahr lang den Posten eines Präsidenten der gemischten Kommission in Oberschlesien zu übernehmen, im Vertrauen darauf sein schweres Amt zum Wohl der Bevölkerung Oberschlesiens durchführen zu können.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Bilanz des Münchner Kriegsschuld-Prozesses.

Von Dr. Georg E. Kunzer (München).

Die Klage Fechenbachs, des ehemaligen Sekretärs Eisners, gegen Professors Coßmann und einige Münchner Redakteure hat bewirkt, daß die Schuldfrage Deutschlands zum ersten Male vor einem deutschen Gericht verhandelt wurde, daß eine regelrechte Beweisaufnahme unter Eid stattfand, die auf jeden die objektive Wahrheit suchenden Menschen den tiefsten Eindruck machen mußte. Der Kläger Fechenbach hat selbst wesentlich beigetragen, daß die Schuldfrage so stark das Gericht beschäftigte. Die Klagepartei hätte den Gegenstand des Prozesses enger abgrenzen können, wenn sie sich darauf beschränkt hätte zu beweisen, daß lediglich Eisner für die Veröffentlichung der angeblichen Berichte des Grafen Lerchenfeld als Schuldiger in Frage kam und daß die Notiz, von der die gegenteilige Behauptung ausging, die Professor Coßmann aufgrund eines Telephongespräches mit Hans von Weber in den Südd. Monatsheften gemacht hatte, falsch sei. Tatsächlich konnte auch im Laufe der Verhandlung, was auch die Urteilsbegründung ausführt, nicht erwiesen werden, daß der Privatkläger für die Veröffentlichung schuld sei, sondern daß vielmehr Eisner verantwortlich bleibt. Der Privatkläger Fechenbach hat selbst in der Einleitung des Prozesses seine Auffassung über die Schuldfrage ziemlich weitgehend dargelegt und dabei die Behauptungen gewagt von der Schuld der Leiter der deutschen Politik, er sprach von Verleumdungen gegen Eisner, und hat ferner die Wirkung der Eisnerschen Veröffentlichungen auf die Entente, die Kriegsschuldfrage und den Versailler Friedensvertrag abzustreiten gesucht.

Die Verhandlungen haben mit einem klaren Rechtsurteil über die Schuldfrage und die Fälschungen Eisners geendet. Als die wichtigsten Feststellungen muß man daraus festhalten:

1. Aus den von Eisner unterdrückten Stellen des Berichtes geht hervor, daß Deutschland den Weltkrieg nicht gewollt hat.
2. Daß Deutschland ernstlich bemüht war, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern.
3. Die Veröffentlichung Eisners ist eine Fälschung, und zwar eine amtliche.
4. Die Entente hat sich mit Freuden der Veröffentlichung Eisners bedient, um den Spruch, Deutschland sei der Urheber des Weltkrieges, durch ein deutsches Zeugnis mitzustützen, einen Spruch, der die Deutschland auferlegten unerträglichen Lasten rechtfertigen soll.
5. Die an die Veröffentlichung geknüpfte Hoffnung Eisners hat sich nicht erfüllt.

Das im Laufe des Prozesses vorgebrachte sachliche Material der Sachverständigen war so überwältigend, daß selbst der Privatkläger seine Auffassung von der deutschen Alleinschuld preisgeben mußte. Er betonte:

„Ich erkläre, daß ich die Auffassung von der Alleinschuld am Kriege nicht mehr habe."

Deutschlands Friedensliebe geht ja gerade aus dem von Eisner unterschlagenen Text des Berichtes hervor, besonders u. a. aus der Tatsache, daß von einer Mobilmachung deutscher Truppen abgesehen werden soll, daß man daraufhin wirken wollte, daß Oesterreich nicht seine gesamten Truppen mobilisiere, um nicht Rußland herauszufordern. Tiefsten Eindruck machten auch die sachlichen Ausführungen des Zeugen und Sachverständigen Grafen Montgelas über die Friedensliebe Deutschlands, das sich die günstigsten Gelegenheiten 1898 (Faschoda), 1905, 1908/9 zu einem Präventivkrieg entgehen ließ. Im letztgenannten Jahre mußte sich gerade der Mann, den man zum Weltkriegs-Verbrecher stempeln wollte, Kaiser Wilhelm II., gefallen lassen, von der französischen Presse als Feigling verhöhnt zu werden. Dem steht u. a. die Tatsache der französisch-russischen Vereinbarung von 1892 gegenüber, daß am ersten Mobilmachungstage zwei russische Kavalleriedivisionen in Ostpreußen einfallen sollten, um den deutschen Aufmarsch zu stören.

Umso verantwortungsloser ist die Handlungsweise Eisners, der von Illusionen und Phantastereien behext, dem Erzfeinde Deutschlands, Clemenceau, Henkersdienste am deutschen Volke verrichtete. Das gefälschte Dokument wurde zum Schuldbekenntnis Deutschlands gestempelt, in frevelhafter Weise von den Feinden zu ihrer eigenen Rechtfertigung verwandt, als sie dem deutschen Volke die unerhörtesten erpresserischen Forderungen aufzwangen und sich vor der ganzen Welt mit der Alleinschuld Deutschlands ihr Recht proklamierten.

Poincaré, Barthou, der französische Senat, die von der Entente eingesetzte „Untersuchungskommission", die sich ihre Arbeit verdammt leicht machte und sich gegen historisch kritische Pflichten schwer versündigte, das amtliche englische Weißbuch, das „Manuel des origines", die französische Senatspublikation über die Kriegsschuld vom Oktober 1919, Tardieu usw., sie alle haben sich mehr oder weniger der rostigen Waffe bedient, die ihnen Eisner gereicht hatte. „Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Kurt Freiherrn von Lersner, tönte nach seiner beeideten Zeugenaussage, wenn er sich mit den Gegnern über die Schuldfrage unterhielt und dabei die Frage verneinte, der Name „Eisner" entgegen," führt die Begründung des Schöffengerichts München zu seinem Urteil aus.

Das deutsche Volk muß heute die Phantastereien Eisners bitter büßen. Eisner machte den bezeichnenden Ausspruch, der seine ganze illusionäre Weltfremdheit und Vertrauensseligkeit zu den Feinden erschreckend enthüllt:

„Clemenceau, Lloyd George und Wilson sind alle drei die größten Idealisten, die nicht daran denken, das deutsche Volk zu vernichten."

Dieser Wahn, den Professor Delbrück als Narrheit mit Recht bezeichnete, hat Eisner zu dem verhängnisvollen Schritt getrieben, in der Annahme, auf diese Weise einen leichteren Frieden zu erlangen. Freilich spielte noch eine innerpolitische Absicht, der „Kontrerevolution" einen Vernichtungsstreich zu versetzen, eine wichtige Rolle. Wie Professor Karo betonte, daß nach einem Briefe Dr. Herrons Eisner selbst den Anfang zu dem Schritt machte, und daß nicht von außen her die Anregung kam, muß man also annehmen, daß Eisners Gehirn zuerst den tollen phantastischen Plan ausklügelte. Selbst ein Pazifist wie Prof. Quidde bezeichnet die Eisnersche Veröffentlichung als eine schwere Versündigung.

Da auf der deutschen Alleinschuld das Versailler Diktat ruht, darf das deutsche Volk in Eisner den Mann sehen, der den Grundstein zur Zwingburg legen half.

Deutscher Reichstag

(212. Sitzung.)

t. **Berlin**, 17. Mai. Am Regierungstisch Arbeitsminister Brauns.

Ein Gesetzentwurf über Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner ist einem Ausschuß überwiesen worden.

Die 2. Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt. Der Hauptausschuß fordert einheitliche Grundsätze beim Fürsorgewesen, ferner Erhöhung der Leistungen der Reichswochenhilfe.

Reichsarbeitsminister Brauns

verweist auf die reiche Tätigkeit, die das Reichsarbeitsministerium in gesetzgeberischer Hinsicht entwickelt hat. In der Sozialpolitik darf aber nicht weitergegangen werden, als es die wirtschaftlichen Mittel gestatten. Die Sozialpolitik ist von wirtschaftlichen und finanziellen Fragen abhängig. Das Ministerium hat die durch diese Abhängigkeit gebotene Grenze stets beachtet. Vor zwei Jahren hörte man noch aus aller Munde, daß die Umwälzung von 1918 nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale war. Ich habe das nicht vergessen und werde im Staatsinteresse auch dementsprechend handeln. Die sozialen Errungenschaften und Fortschritte werden dazu dienen, Arbeiterschaft, Volk und Staat besser miteinander verwachsen zu lassen, als das früher der Fall war. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß auch die Wirtschaft aus der gegenwärtigen Sozialreform Nutzen ziehen wird. Die Leistungen und die Arbeitsfreudigkeit sind auch bei uns gewachsen und stehen hinter anderen Ländern keineswegs zurück. Trotz der gewaltigen Teuerungswelle ist eine Besserung der Verhältnisse eingetreten. Das wird noch mehr der Fall sein, wenn die neuen Gesetze zur Anwendung kommen. Auf die Nöte der Volksseele muß verständnisvoll eingegangen werden. Die große Zahl von Gesetzen und Verordnungen, besonders auf dem Gebiete der Versicherung und Versorgung, hänge mit der Verminderung unseres Geldwertes zusammen. Die Gesetzgebung kann nur schrittweise der tatsächlichen Entwicklung folgen. Das Ministerium werde durch die Notwendigkeit dieser vielen neuen Gesetze ebenso beunruhigt wie die Bürgerschaft im Lande. Aber

der Reichstag komme ständig mit neuen Wünschen.

Eine Schematisierung bezweckten die Gesetze nicht. Die besonderen Verhältnisse der Länder werden durchaus geachtet. Der Minister lehnt dann die zersetzende Kritik derjenigen ab, die den Staat überhaupt verneinen. Grenzen in der Sozialpolitik werden uns besonders gezogen durch unsere Finanzen, unsere Gütervorräte und unsere Gütererzeugung. Der Staat habe nichts Wertvolleres als die Arbeitskräfte seiner Bürger. Die Rechtstellung der Arbeiterschaft, auch ihre kulturelle Lage, seien besser geworden. An der internationalen Arbeiterorganisation sei Deutschland ebenfalls beteiligt. Das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag sei allerdings erst von der Tschechoslowakei, von Rumänien, und von Indien ratifiziert worden. (Hört! Hört! rechts.) Der Kampf in der Metallindustrie sei nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch verhängnisvoll. Der Minister fordert dringend zu einem friedlichen Ausgleich auf.

Abg. Frau **Schröder** (Soz.): Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung für die Arbeiterinnen unter Hinzuziehung von Frauen ist notwendig.

Abg. **Behrens** (D.Ntl.): Zu den größten Mängeln der Revolution gehört es, daß sie kein Anwachsen der sozialen Gesinnung gebracht hat. Der Klassen- und Kastengeist muß verschwinden. Meine Freunde sind die letzten, die auf sozialem Gebiete nicht Fortschritte wünschen. Der soziale Apparat arbeitet viel zu schwerfällig. Die Krankenkassen müssen in manchen Punkten entlastet werden, sonst droht uns der Zusammenbruch. Die einheitliche Gestaltung des Arbeitsrechts ist notwendig. Mit der Vorwegnahme des Heimarbeiterlohngesetzes und des besonders für die Landwirtschaft unentbehrlichen Gesetzes über die Arbeitsgerichte sind wir einverstanden. Letztere werden am zweckmäßigsten den ordentlichen Gerichten angegliedert. Sehr wichtig ist auch das

Gesetz zur Regelung des Tarifvertragswesens.

Im Achtstundentag müsse in den 8 Stunden auch wirkliche Arbeit geleistet werden. Dem Beispiel der Bau- und Landarbeiter, die im Interesse der Volksernährung länger als 8 Stunden arbeiten wollen, sollten sich auch insonderheit die Berufe anschließen, in denen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte hergestellt werden, der Terrorismus im Lande muß endlich verschwinden. Da sollten die Vertreter der Linksparteien mit ihren Freunden ein ernstes Wort reden.

Abg. **André** (Ztr.): Der Redner hält an der Selbständigkeit der Angestelltenversicherung fest und tritt für Erhöhung der Bezüge der Invaliden und Rentner ein. Der Redner fordert Ausdehnung der Unfallversicherung auf notorische Berufskrankheiten. Der Achtstundentag sei nicht für alle Betriebe in gleicher Weise durchführbar. Nur durch eine zielbewußte, soziale Gesetzgebung können wir wieder vorwärts kommen.

Abg. Dr. **Moldenhauer** (D. Vp.) tritt für eine zielbewußte Sozialpolitik ein. Leider sind uns durch unsere Finanzen und durch unsere außenpolitische Lage gewisse Grenzen gezogen. Der Redner tritt vor allem für die Kriegsbeschädigten, die Arbeits-, Invaliden- und Kleinrentner ein. Leider hat die Erfüllungspolitik die Befriedigung unserer Gegner der Fürsorge für unsere eigenen Volksgenossen vorangestellt. Von den unterstützten Arbeitslosen waren in manchen Monaten

fast ein Drittel in Berlin.

Viele bildeten das unruhige Element der Großstadt. Darum wird Berlin draußen nicht beliebter. Der Ausbau des örtlichen Arbeitsnachweises sei notwendig; ein Monopol auf diesem Gebiete sei aber unmöglich. Der Wettbewerb zwischen örtlichen und privaten Nachweisen wirke befruchtend, während das Monopol leicht ein politischer Machtfaktor werden könne. Der Redner erklärt seine Bereitwilligkeit, im Wiederaufbau des Arbeiterschutzes mitzuwirken. Der schematische Achtstundentag sei eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Die Aufgabe der Sozialpolitik sei, Klassengegensätze zu überbrücken und eine Arbeits- und Volksgemeinschaft zu schaffen. Die Koalitionsfreiheit dürfe nicht zu einem Koalitionszwang werden. Da müsse gegen den Terrorismus eingeschritten werden.

Abg. **Erkelenz** (Dem.) dankt dem Minister für seine sozialpolitische Tätigkeit. Von einem Koalitionszwang sei keine Rede. Man dürfe das Problem der Koalitionsfreiheit nicht vom Standpunkt des Arbeitgebers allein behandeln. Der Reichstag müsse sich endlich wieder mit den Grundfragen der Sozialpolitik befassen. Die Sozialpolitik der Vorkriegszeit sei in der Regel gegen die Arbeiterschaft gemacht worden. Die

Treibhauskultur der sozialen Beamten

müsse vermieden werden. Soziale Selbstverwaltung sei erforderlich. Die Schlichtungsordnung auf dem bisherigen Wege sei unmöglich. Sie dürfe nicht vorübergehen an den großen Tarif- und Schlichtungseinrichtungen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Grundsätzlich müsse der Achtstundentag aufrecht erhalten werden. Aber eine rein schematische Durchführung ist ein Fehler. Im süddeutschen Metallarbeiterstreik werde hoffentlich die Vernunft auf beiden Seiten noch zur Geltung kommen. Die Sozialversicherung müsse aufrecht erhalten werden.

Abg. **Schwarzer** (Bayer. Vp.): Die Massenproduktion von Gesetzen durch das Arbeitsministerium sei ein Fehler. Die großen sozialpolitischen Fragen könnten in der Jetztzeit gar nicht gelöst werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Die Beratung wird abgebrochen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 11 Uhr. Einzelberatung des Arbeitsministeriums: Interpellation Thiel über die Erhöhung der Renten für Kriegsbeschädigte; Ernährungsministerium.

Deutsches Reich

Die Schiebungen mit Zeitungspapier.

Berlin, 17. Mai. Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde von der Regierung auf eine kommunistische Anfrage erwidert, daß die Untersuchung wegen Verschiffung von 60 000 Tonnen Zeitungsdruckpapier für Südamerika auf dem Lloyd-Dampfer „Minden" noch nicht abgeschlossen sei.

Aus dem besetzten Oberschlesien.

Breslau, 17. Mai. Einer Meldung aus Kattowitz zufolge wurden die Anführer der Bande, die in der Antonienhütte gehaust hatte, verhaftet. Französische und englische Truppen hatten das Gasthaus umstellt, in dem sich die Banditen versammelten. — Vor dem internationalen Sondergericht in Oppeln haben die Verhandlungen gegen die angeblich Beteiligten an den Vorgängen in Petersdorf begonnen. Von den 32 Angeklagten waren nur 18 erschienen. Die Anklage wirft den Angeklagten Mord, Tötung, Zusammenrottung zu einer Bande und Beihilfe zum Mord bezw. zur Tötung vor. Die Verhandlung wurde in folgende drei Teile gegliedert: Waffenfund in Schule III, Ueberfall auf Petersdorf und Mord des interalliierten Kriminalsekretärs Seichter im Stadtwalde zu Dombrowa.

Denkmalschänder.

Breslau, 17. Mai. In Landshut in Schlesien beschädigten verbrecherische Elemente das für die gefallenen Marineangehörigen aus Stadt und Land errichtete und am Gedenktage der Schlacht am Skagerack enthüllte Denkmal. Sie schleppten den zentnerschweren, von einem Torpedoboot stammenden Anker und eine Boje, die der Denkmalsgruppe beigefügt waren, nach Durchschneiden der Stahltrossen in die nahen gärtnerischen Anlagen.

Theater und Musik

Grabbes „Napoleon" im Berliner Staatstheater.

Jeder nicht ganz verunglückte junge Mensch hat ein paar Blutstropfen vom Karl Moor. „Da ich noch ein Bube war, war's mein Lieblingsgedanke" — nicht zwar zu sterben, schön wie die Sonne untergeht, als blutiger Held, aber — den Grabbe auf der Bühne zu erleben! In diesem Namen flossen die schwärmerische Liebe für die Gestirne der Dichtung und das wilde Knabentemperament zusammen. Seither hat sich der frühe Wunsch, den das Theater jener Zeit ins Land Utopien zu verweisen schien, wiederholt erfüllt. Doch nicht um „Napoleon", des in seiner eigenen Glut verbrannten Detmolders größter Wurf und genialstes Panorama; das in Volk und Führern, Heeren und Schlachten belebte Bild einer geschichtlichen Zeit . . . Zwar, im letzten Vierteljahrhundert wurden wiederholte Versuche gemacht, den Koloß, der die Bretter der Bühne zu brechen, ihre Wände zu sprengen drohte, für das Theater zu zähmen. Wukadinovic, der Herausgeber von Grabbes Werken in der Goldenen Klassiker-Bibliothek, betont, daß es sich bei all diesen Experimenten nur um ein Zurechtschneiden der Dichtung zu einer Anzahl effektvoller Ausstattungstableaus handelte, wobei mancher charakteristische Zug verwischt und nur zu oft gegen den Geist der Dichtung gesündigt worden sei, so daß Grabbe, wenn er hätte sehen können, wie hier herrenloses Gut den „Bedürfnissen des Theaters angeordnet wurde", es nicht an gewohnten Kraftausdrücken würde fehlen lassen haben. — Sehr glaubhaft, daß der „Napoleon" in fast unverkürzter, ungeschwächter Ganzheit bis zum heutigen Tage nicht bewältigt werden konnte. Es mußte, ehe das gelang, Jeßner jene merkwürdige Bühnenform gefunden haben, die, ein Mittelding zwischen realistischer Illusions- und einer durch Realismus nicht begrenzten, durch symbolische und ekstatische Mächte erweiterten Stilbühne, gerade der Phantasie Grabbes nach- und angeboren scheint. Wir erlebten nun hier die „Hundert Tage" („Napoleon"), von Jenen erschlossen und erleuchtet, die ungeheuren ungebändigten Energien des Buches freigemacht und zugleich durch szenische Symbole gebändigt!

„Weit einfacher und doch weit großartiger, „wie es einst Grabbe in einem Brief sich das Theater wünschte . . . Diese Bühne hat Leopold Jeßner dem „Napoleon" geschaffen. In den „Hundert Tagen" ist nicht nur die Straße von Paris hundertgestaltig entfesselt; hier werden auch die Schlachten von Ligny und Waterloo geschlagen, Carrés niedergeritten, Regimenter zusammenkartätscht, und der Schauplatz soll im Blut der vor unseren Augen Gefallenen ertrinken. Die ganze bebende Erde überspannt in Jeßners Inszenierung der bald düster drohende, bald in roten und anderen grellen Farben wüst flammende Himmel, während andauernd dröhnende Pauken als ein vermindertes und doch Phantasie und Nerven seltsam aufregendes Schlachtgetöse die Sinne berauschen helfen. Wie in den Volks- und Revolutionsszenen, sind auch in den Schlachten nicht die „Zahllosen" auf die Bühne gestellt. Vergebens würde ja selbst die gefüllte Arena des Zirkus mit den Ansprüchen Grabbes wetteifern! Verhältnismäßig kleine Gruppen, in wilder Hast gebunden und gelöst, geben den vollen Rhythmus der Masse und dem Zuschauer die innere Perspektive in das Unübersehbare. Mitunter wird Ueberlebensgröße hervorgerufen durch die schwarzen Silhouetten, die sich vom tiefdämmernden Horizont abzeichnen.

Wundervolle Bühnenbilder Cesar Kleins unterstützen die Expressionen des lodernden Menschen. Reich an ausfüllenden Einfällen und Einzelzügen ist Jeßners Regie. So der Ersatz des Massenmordens durch die Erscheinung des Trommlers Tod, der als letzte Estaffette das Ende meldet. Die Details, so wenig sie unbeachtet bleiben sollen, sind nicht entscheidend für das Werk der Bühne. Entscheidend ist die Spannkraft, die die ganze Dichtung umklammert. Entscheidend ist vor allem der Atem, der die Aufführung durchbraust, die dahinstürzt, unaufhaltsam, sturmgepeitscht, wie ein fallender glühender Ball im Himmelsraum.

Und wir? Wir, die wir schon als Knaben von diesem Tage geträumt hatten? Wie viel gab den Gereiften die Erfüllung? Zögernd sei einbekannt: Es stellten in der hinreißenden Bewegung sich Haltpunkte ein — nicht der inneren Ruhe und Sammlung, sondern Stagnationen, und in manchem Augenblick, zumal in den Schlachtszenen, wurde eine gewisse Leere fühlbar. So daß man, ein wenig verwundert, den Nachbar ansah, ob auch er sich zu gestehen wage, daß . . . ja, daß man sein Knabenideal gegen reifere Früchte aus Elysion ausgetauscht habe. Das lag nicht an der Darstellung, die im Sturmschritt über Tiefen und Untiefen triumphierte. Es lag an dem Grabbeschen „Napoleon", der trotz eines ungeheuren dramatischen Temperaments und der lebendigen Schau aller Gestalten, doch kein Drama mit seelischen Konflikten, vielmehr das Epos der napoleonischen Zeit ist. Das Epos aber eines unverwüstlichen Dramatikers, der nur im Zweikampf, im Massenkampf des Dialogs gestalten konnte. Mutete hier eine groteske Idee kindlich, dort ein allzu hohes Wort renommistisch an, so berührte uns doch im nächsten Augenblick wieder der Feuerstrahl des Genies und überschüttete uns der Krater mit glühendem Gestein. Der Eindruck im ganzen war stark und in hohem Grade ungewöhnlich. Nicht weniger als 61 Rollenträgern, die der Zettel nennt, war er zu danken. Sie hatten eigentlich ausnahmslos nur Episodenrollen zu erledigen. Auch Grabbes Napoleon ist kaum mehr als ein Episodist im Gemälde der napoleonischen Zeit.

*

Heidelberger Musikleben. Der Bach-Verein hat der diesjährigen Konzertsaison eine besondere Krönung durch die mustergültige Aufführung der Mathäus-Passion verliehen. Erst zum dritten Male gelang es, dieses Werk in Heidelberg erstehen zu lassen. Zweimal hatte die Meisterhand Wolfrums den Stab geführt; diesmal bot das organisatorisch wie musikalisch schwierige Werk seinem bisher durchaus nicht unumstrittenen Nachfolger Dr. Hermann Poppen willkommene Gelegenheit, zu zeigen, daß er der Nachfolgerschaft würdig ist. Schon durch die Aufführung von Mahlers Fünfter Sinfonie hatte Poppen einen unbestrittenen Befähigungsnachweis erbracht. Nun hat er mit der Mathäus-Passion jenen starken Eindruck noch verstärkt. Der Chor des Bachvereins, unterstützt durch den Akademischen Gesangverein und Poppens Männerchor, die „Liedertafel", löste die an ihn gestellte heikle Aufgabe voll befriedigend. Die Solisten konnten nicht gleichmäßig erwärmen. Das die große Heidelberger Stadthalle zwei Abende bis auf den letzten Platz füllende Publikum lauschte ergriffen den unvergänglichen Klängen. Dr. W.

Uraufführung eines Mozartschen Singspiels in Rostock. Das Rostocker Stadttheater brachte den „Leipz. Neuest. Nachr." zufolge das einzige bisher nicht aufgeführte Werk Mozarts, das dieser als Elfjähriger auf lateinischem Text komponiert hat und von dem bisher nur eine Partitur erschienen war, das Singspiel „Apollo und Hyazinthus" nach der Uebersetzung von H. C. Schott und Gisela Scholz und nach der Bühneneinrichtung von P. G. Scholz und J. Turnau, in wohlgelungener Uraufführung heraus. Der elfjährige Tondichter zeigt sich in diesem Jugendwerk nicht nur als Meister in der Handhabung der damaligen musikalischen Formen, sondern sein Genius — die Zartheit und Klassizität seiner Musik — strahlt hier bereits in vollem Glanze, und es ist kaum zu verstehen, daß dieses Werk, das hier in wohlangebrachter Paarung mit der „Entführung aus dem Serail" gegeben wurde, nicht schon längst aufgeführt ist. Vielleicht ist der Grund für die bisherige Nichtbeachtung in dem lateinischen Text und in den Unzulänglichkeiten der Handlung zu sehen.

Die Notlage der Theater. Die Trierer Stadtverordnetenversammlung beschloß aus Mangel an Geld gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Schließung des städtischen Theaters und die Auflösung des städtischen Orchesters.

Aussperrung in der Metallindustrie.

Der Verband der Industriellen Mittelbadens erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Metall-Industriellen fordern die Durchführung der 48-Stundenwoche. Fast überall im Deutschen Reiche ist diese Arbeitszeit durch Vereinbarung mit der Arbeiterschaft anerkannt. Auch in der Metall-Industrie Südbadens und der Pfalz werden 48 Stunden in der Woche gearbeitet; in Bayern, Württemberg und im Mannheimer Industriebezirk, sowie in Frankfurt (Hessen) und in Mittelbaden will aber die Arbeiterschaft nur 46 Stunden wöchentlich arbeiten. Die Forderung der Metallindustriellen will gerade die Durchführung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit, weil unsere wirtschaftlichen Verhältnisse die größte Anspannung der Arbeitskraft Aller gebietet. Auch die Regierungen der Länder und des Reiches und die angerufenen Schlichtungsinstanzen der betreffenden Gebiete haben sich grundsätzlich auf den Boden der 48-Stundenwoche gestellt. Die Arbeitgeber haben in Lohn- und Urlaubsfragen weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, trotzdem wird schon seit vielen Wochen in den benachbarten Gebieten gestreikt und durch das langdauernde Stilliegen der Arbeit ist unermeßlicher Schaden entstanden. Bisher war es möglich, die Ausbreitung des Kampfes auf unseren Bezirk zu vermeiden. Nunmehr müssen aber auch wir als Mitglied der süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Aussperrung schreiten, um dadurch die Einmütigkeit der Arbeitgeber in dieser für uns lebenswichtigen Frage zu bekunden."

In den Bezirken Frankfurt a. M., Darmstadt, Hanau, Offenbach und Oberursel ist die Aussperrung der Metallarbeiter Mittwoch, den 17. Mai in Kraft getreten. Von der Aussperrung werden dort etwa 30 000 Arbeiter betroffen.

*

Die Gründe für die Streitigkeiten, die in anderen süddeutschen Gebieten schon 10 Wochen andauern, liegen nicht in Lohnstreitigkeiten, sondern in der Frage der Arbeitszeit. Die Arbeitgeber haben die Tarifverträge, nach denen unter Berücksichtigung eines arbeitsfreien Samstagnachmittags die 46stündige Arbeitswoche als normal festgelegt war, gekündigt und verlangen die dem Sinne des Achtstundentages entsprechende 48-Stundenwoche. Sie wollen die umstrittenen zwei Stunden nicht als Ueberstunden gelten lassen. Angesichts der einwandfrei feststehenden Tatsache, daß wirtschaftliche Erwägungen heute zumindest eine volle Ausnutzung des Achtstundentages verlangen, wird man die Haltung der Arbeitgeber verstehen können. Die Arbeitnehmer haben bisher die Forderung der Arbeitgeber abgelehnt. Diese Haltung geht weniger auf die Führer zurück, die im Gegenteil zum Nachgeben geraten haben, als auf die große Masse. Als Gründe werden die schlechten körperlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft genannt, die solche Mehrleistungen unmöglich machen sollen, und vor allem das Bedenken, durch ein Nachgeben in diesem Kampf um die Arbeitszeit sei der erste Schritt zur Aufgabe des Achtstundentages getan. Das Verlangen der Arbeitgeber zur Leistung von 48 Arbeitsstunden in der Woche ist nichts anderes als der Anspruch auf das, was die Verordnung über den Achtstundentag gestattet. Von einer Uebertretung kann nicht die Rede sein. Es wird nirgendwo gesagt, daß an einem Tage weniger zu arbeiten sei als acht Stunden. Die süddeutschen Metallarbeiter haben dem größten Teil der übrigen deutschen Arbeiter gegenüber, die 48 Stunden Arbeit leisten, eine Sonderstellung eingenommen. Eine Benachteiligung kommt also keineswegs in Frage.

Den letzten Versuch, diese unseligen Streitigkeiten zu schlichten, hat der Reichsarbeitsminister selber unternommen. Sein Vorschlag ist Vermittlung im wörtlichen Sinn. Er schlägt eine 47stündige Wochenarbeit vor und empfiehlt Ueberstundenbezahlung für die 48. Stunde. Diesen Vorschlag nahmen die Arbeitnehmer, deren Prestige — auch um das geht es noch! — damit gewahrt schien, an. Die Arbeitgeber lehnten den Vorschlag ab. So bedauerlich diese Streitigkeiten sind und so wünschenswert ihr Ende ist, so wenig kann man doch einer solchen Lösung, wie sie vom Reichsarbeitsminister vorgeschlagen wurde, zustimmen. Man wird es den in ihren Rechten arg beschnittenen Arbeitgebern nicht verübeln können, wenn sie den Vorschlag des Reichsarbeitsministers als eine Rechtsbeschränkung ansehen. Darüber hinaus aber ist es auch für die Achtung vor der Staatsautorität, die doch den Massen in starkem Maß abhanden gekommen ist, recht abträglich, wenn ein Minister Vorschläge macht, die das nicht erfüllen, was die Gesetze versprechen. Wie der große Kampf in Süddeutschland nun enden wird, ist nicht abzusehen. Es scheint, daß beide Parteien, die Arbeitnehmerschaft ohne Rücksicht auf Entbehrungen und Pflichten gegen Weib und Kind, die Arbeitgeber ungeachtet großer wirtschaftlicher Verluste, „durchhalten" wollen. Die deutsche Volkswirtschaft und Volksgemeinschaft sind die Leidtragenden, die Kommunisten und Putschisten die lachenden Erben.

Badische Politik

Urlaub der Staatsbeamten.

Das badische Staatsministerium hat verfügt, daß der Urlaub der badischen Beamten für 1922 in der gleichen Weise wie beim Reich zu regeln sei und daß die Gewährung von Urlaub, soweit tunlich, ohne Stellvertretung, die einen Kostenaufwand verursacht, erfolgen solle. Der Urlaub für 1922 ist in der gleichen Höhe festgesetzt wie für 1921.

Die diesjährige Prüfung für Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen an Höheren Lehranstalten nimmt am Freitag, den 16. Juni in den Diensträumen des Ministeriums des Kultus und Unterrichts ihren Anfang. Gesuche zur Zulassung zu der Prüfung sind bis 1. Juni beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Die Vergebung der Aufträge für öffentliche Arbeiten.

Der moderne deutsche Staat mit seinen zahllosen Aufgaben auf allen Gebieten ist zum größten Arbeitgeber und Unternehmer geworden. Seine Arbeitsaufträge spielen im Wirtschaftsleben eine große Rolle. Es hängt sehr viel davon ab, nach welchen Grundsätzen die Staatsaufträge verteilt, nach welchen Richtlinien die Preise festgesetzt werden. Die badische Regierung hat neue Richtlinien für die Vergebung ihrer Aufträge aufgestellt, zunächst nur im Entwurf. Es ist, die neue badische sogen. Verdingungsordnung. Am letzten Samstag haben Verhandlungen darüber stattgefunden, wir haben bereits kurz darüber berichtet. Bei dem großen Interesse, das diese Angelegenheit für Handwerk und Gewerbe hat, glauben wir, daß ein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen am Samstag Beachtung finden wird.

Der Entwurf der neuen Badischen Verdingungsordnung wurde am Samstag, den 13. Mai 1922 im Landtagsgebäude einer Besprechung unterzogen. Erschienen waren Ministerialdirektor Sammeth, Ministerialrat Dr. Hirsch als Vertreter des in dieser Frage zuständigen Finanzministeriums, ferner Vertreter der übrigen badischen Ministerien, der badischen Gemeinden, des Handwerkstags, der Fachverbände des badischen Handwerks, des Landesverbands der badischen Handwerker und Gewerbevereine, und der Industrie.

Bereits am Donnerstag, den 11. Mai 1922 hatten die vier Handwerkskammern in gemeinsamer Sitzung ihrer Geschäftsführer den Entwurf durchgesprochen. Am Freitag, den 12. Mai traten die Fachverbände und der Handwerkstag zusammen und am Samstag, den 13. Mai die Industrie und das Handwerk. Durch diese Vorberatungen konnte die Hauptberatung am Samstag verhältnismäßig kurz sein. Von einer Durchsprechung der einzelnen Paragraphen der Verordnung, wie der allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen hat man abgesehen. Die Organisationen werden ihre Wünsche und Forderungen formuliert dem Finanzministerium übermitteln, und es ist zugesagt, daß vor der Herausgabe der Verordnung noch einmal eine Besprechung in engerem Kreise mit dem Handwerkstag stattfinden wird. Grundsätzlicher Einspruch gegen die Verordnung werde nicht erhoben, und so erwartet man ein befriedigendes Ergebnis, zumal die Regierungsvertreter jedes mögliche Entgegenkommen in Aussicht gestellt hatten.

Nachstehend geben wir einen kurzen

Bericht über die Verhandlungen

am Samstag.

Ministerialdirektor Sammeth wies darauf hin, daß die Regierung ein großes Interesse daran habe, das öffentliche Verdingungswesen in Baden so zu gestalten, daß beide Teile möglichst zufrieden seien. Er schlug vor, in dieser Sitzung nur die Momente des Rechts und der Wirtschaft zu betonen, von politischen Erörterungen wolle man absehen.

Ministerialrat Dr. Hirsch führte aus. Eine restlose befriedigende Lösung des Verdingungsproblems ist unmöglich. Man kam zur Erkenntnis, daß man nur eben einen für beide Teile erträglichen Zustand schaffen könne. Früher wurden die öffentlichen Arbeiten versteigert, derjenige, der die Arbeit am billigsten auszuführen versprach, erhielt den Zuschlag. Die Behörde stellte eine Berechnung auf und darauf erfolgten Abgebote. Der Effekt war, daß nach Fertigstellung der Arbeit den Bauherrn die Leistung oft nicht befriedigte, meistens aber der Unternehmer erklärte, er habe nicht nur nichts verdient, sondern noch Geld hinzugelegt, er bitte um eine Nachzahlung. Ich habe die Bauakten von Hundert Jahren durchstudiert und kenne die Gesuche der Handwerksmeistern um eine Nachbewilligung. Die Baubehörden mußten diese Gesuche ablehnen, die Bewilligung von Nachforderungen war ja nach den bestehenden Bestimmungen ausgeschlossen. Letzten Endes hat dann der Landesherr Gnade vor Recht ergehen lassen. Es kamen die Submissionsbestimmungen des Jahres 1907, die jetzt noch in Kraft sind. Der berechtigten Forderung des Handwerks, daß nicht der billigste auf jeden Fall die Arbeit erhält, ist schon hier Rechnung getragen. Nur auf ein in jeder Hinsicht brauchbares Angebot soll der Zuschlag erteilt werden. Das verschiedentlich vorgeschlagene Mittelpreisverfahren kann uns dieses Angebot nicht bringen. Es befriedigte selbst die Unternehmer nicht, von dieser Seite wurde der angemessene Preis gefordert. Darauf habe ich zu sagen, daß der angemessene Preis überhaupt nicht existiert. Man kann nur von einem angemessenen Preis sprechen. Dieser Begriff ist in der neuen Verordnung niedergelegt und zwar in negativer Form: „Angebote deren Preisansätze für Unternehmer oder den Staat voraussichtlich eine wirtschaftliche Schädigung zur Folge haben müßten, dürfen den Zuschlag nicht erhalten." Ich betone dabei ausdrücklich, daß ich ein Angebot auch dann für wirtschaftlich schädigend für den Unternehmer betrachte, wenn er bei der Arbeit nichts verdient. Wer soll nun feststellen, was als angemessener Preis zu gelten hat? Man sprach von Submissionsämtern, ich bin gegen solche Aemter, einmal weil wir genug Behörden haben und auch, weil Submissionsämter das Vergebungsverfahren nur verzögern würden. Ich habe ein anderes Verfahren praktisch bei Neubauten an der Englerstraße in Karlsruhe erprobt. Die Arbeiten wurden vergeben, unter Zuziehung von Sachverständigen aus dem Handwerk. Dieser Weg hat sich als gut erwiesen, und er wird auch nach der Verordnung gegangen. Ich bin aber gegen die Vergebung durch eine paritätische Kommission. Die letzte Entscheidung muß die Behörde haben.

Reichstagsabgeordneter Isenmann, Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe: Das Handwerk ist damit einverstanden, daß der Entwurf heute zur Verabschiedung gelangt. Herr Ministerialrat Dr. Hirsch hat einen Ueberblick über das Submissionswesen gegeben, wie es sich bisher gestaltet hat. Man darf hinzufügen, daß im Krieg die Arbeiten freihändig vergeben wurden und daß diese Verdingungsart für beide Teile befriedigend war. Unter seinen grundsätzlichen Forderungen in der Zeit der Neuordnung des Staates hat das Handwerk auch die völlige Beseitigung des Submissionswesens verlangt. Wir sehen aber ein, daß das heute nicht möglich ist und erklären uns, augenblicklich zu einem Kompromiß bereit. Arbeiten dürfen aber nur an in jeder Beziehung fähige Handwerksmeister vergeben werden. Die Stellung von Kautionen ist dann nicht notwendig, Kautionen engen unter den heutigen Verhältnissen von Handwerksmeistern zu sehr ein. Wir begrüßen das Sachverständigeninstitut. Der Staat sollte darauf achten, daß keine Regiearbeiten ausgeführt werden. Ebenso die Gemeinden. Die Abschlagszahlungen müssen auch so bemessen sein, daß der Handwerksmeister sein ausgelegtes Geld hereinbekommt und sein Betriebskapital den Zeitverhältnissen entsprechend erhält.

Wir stellen verschiedene Anträge, die wir der Regierung schriftlich übermitteln. Herr Syndikus Dr. Herfurth wird sie begründen. Dabei bemerke ich im besonderen, daß wir wünschen, daß das Finanzministerium und nicht die einzelnen Ministerien den letzten Entscheid haben, bei der Vergebung von Arbeiten.

Syndikus Dr. Herfurt erklärt, es wäre uns lieber gewesen, wenn das Sachverständigen-Institut einen mehr zwingenden Charakter bekommen hätte. Wenn nicht, das Finanzministerium die letzte Zentral-Instanz ist, so wird man sich von dem Sachverständigen-Institut wenig Einfluß versprechen dürfen, denn nicht in allen Ministerien herrscht der Geist der Verordnung. Wir verlangen: daß die Berufsvertretungen, die die Sachverständigen nahmhaft zu machen haben, die Handwerkskammern sind. Der Staat muß die ganze Materialüberteuerung auf sich nehmen und es geht nicht an, daß der Unternehmer 5% davon trägt. Wir haben keine Mittel gegen die Materialpreissteigerung und auch die Regierung hat zugestanden, daß sie dagegen machtlos sei. Die Eisenbahn hat in letzter Zeit ihren Erlaß, daß der Unternehmer 10% der Materialpreissteigerung zu tragen hat, aufgehoben. In den Verdienst, welches Wort statt Gewinn zu setzen ist, muß auch die notwendige Rücklage eingerechnet werden können. Das ist bis jetzt nicht der Fall gewesen. Wir wünschen auch, daß das einheimische Handwerk gegenüber dem nicht badischen vorzugsweise berücksichtigt werde, auch wenn sich seine Preise etwas höher stellen sollten. Hamburg hat hier vorbildliche Bestimmungen getroffen. Wir betrachten im Ganzen diese Verordnung in ihrem Entwurf als eine brauchbare Unterlage.

Es sprachen dann noch Vertreter der Gemeinden und der Industrie. Die kleineren Gemeinden haben den Entwurf begrüßt und ihm zugestimmt. Die Industrie brachte zum Ausdruck, daß schon vor Beginn der Arbeit größere Zahlungen geleistet werden, weil sie nicht in der Lage sei, derartige Belastungen zu ertragen.

Zum Schluß gab Ministerialrat Dr. Hirsch seiner Freude Ausdruck, daß man den guten Willen des Finanzministeriums anerkenne. Das Finanzministerium wollte nicht warten, bis die Reichsverdingungsordnung erschienen sei. Es schien ihm zweckmäßig selbst vorzugehen. Regiearbeiten führt der badische Staat nicht aus. Die vorschußliche Bezahlung ist vorgesehen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Behörden mit den Unternehmern wird in den Ausführungsbestimmungen und in der Ausbildung der Beamten zu erreichen gesucht werden. Das Wort „Gewinn" soll durch „Verdienst" ersetzt werden. Im übrigen wartet die Regierung die Uebergabe der Anträge ab.

Nachdem weiter das Wort nicht gewünscht wurde, schloß Ministerialdirektor Sammeth mit dem Ausdruck des Dankes die Beratung.

Verschiedene Drahtmeldungen

Eine parlamentarische Niederlage des Ministeriums Lloyd George.

London, 16. Mai. Reuter meldet: Im Unterhause erlitt die Regierung mit 148 gegen 151 Stimmen bei der Abstimmung über einen die Lehrerpensionen betreffenden Vorschlag eine Niederlage. Die Mitglieder der Arbeiterpartei, die unabhängigen Liberalen und Mitglieder der Regierungsparteien stimmten gegen die Regierung und nahmen einen Beschluß auf Vertagung der Debatte an. Die politischen Folgen der Niederlage sind noch nicht klar. Die Blätter erwarten jedoch nicht, daß die Regierung wegen der Niederlage zurücktreten werde.

In ministeriellen Kreisen verlautete, daß Lloyd George bereits am Freitag von Genua abfährt, möglicherweise 1 oder 2 Tage mit Beratungen mit Poincaré in Paris verbringe und dann am Montag in London eintrifft.

Rückkehr der bayerischen Vertreter aus Genua.

t. **München**, 17. Mai. Der Vertreter der bayerischen Delegation bei der Konferenz von Genua, Staatsrat Dr. v. Meinel, vom bayerischen Handelsministerium ist mit seinem Begleiter, Ministerialrat Dr. Brettauer, wieder in München eingetroffen.

Einmarschvorbereitungen.

t. **Höchst a. M.**, 17. Mai. In fast allen Orten des Kreises Höchst fanden in der letzten Woche Pferdemusterungen durch die Franzosen statt. Zweck und Ziel dieser Musterungen wurde bisher niemand mitgeteilt, doch geht man wohl in der Annahme nicht fehl, daß es eine Maßnahme der Franzosen für den Gedanken eines künftigen Einmarsches in weiteres deutsches Gebiet ist, den man in französischen Offizierskreisen überhaupt allen Ernstes erörtern hört. Pferdebesitzer, die zu Musterungen nicht pünktlich erschienen waren, wurden schwer bestraft.

Kardinal Schulte verwendet sich für die deutschen Zivilgefangenen in Frankreich.

t. **Köln**, 17. Mai. Kardinal Schulte hat bei Gelegenheit von Gegenbesuchen, die er in Koblenz bei verschiedenen Behörden machte, persönlich den Vorsitzenden der Rheinlandkommission Tirard auf die sehr harte Lage aufmerksam gemacht, in der sich die deutschen Zivilgefangenen die in Frankreich zurückgehalten werden befinden. Herr Tirard hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich hierfür zu verwenden.

August Thyssen.

Berlin, 17. Mai. Der rheinische Großindustrielle August Thyssen vollendet heute sein 80. Lebensjahr. Die Blätter heben seine große Bedeutung für die deutsche Industrie hervor. Seiner rastlosen Wirksamkeit sei zu einem großen Teil der begründete Weltruf der deutschen Industrie zu danken.

Die Preistreiberei mit Butter.

Berlin, 17. Mai. Die Butternotierungskommission beschloß einstimmig, die amtlichen Berliner Butternotierungen, die periodisch von Handel und Landwirtschaft vorgenommen werden, von heute an so lange einzustellen, bis behördliche Maßnahmen getroffen sind, um weitere Preistreibereien auf den Auktionen zu verhindern.

Bunte Chronik

Das erste Auftreten eines weiblichen Verteidigers vor einem Schwurgericht erfolgte am Montag vor den Geschworenen des Landgerichts 3 in Berlin. Wegen Straßenraubes hatten sich mehrere Personen zu verantworten. Zum Offizialverteidiger für einen der Angeklagten war Fräulein Dr. Munk in Vertretung eines andern Rechtsanwalts bestellt. Die junge Advokatin macht als Referendar die verschiedenen Stationen durch und konnte sich nun in der Referendarrobe den Geschworenen in der Rolle des Verteidigers vorstellen. Sie nahm sehr unbefangen neben ihren männlichen Kollegen am Verteidigungstisch Platz und waltete ihres Amtes mit Geschick und auch erfolgreich.

Verurteilung von Rennwettenschwindlern. Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I in Hamburg fand die Verhandlung gegen den Sportkonzern „Hansa" statt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Ernst Müller wegen Betrug in Tateinheit mit gewerbsmäßigem Glücksspiel zu acht Monaten Gefängnis und 9000 M Geldstrafe, den Angeklagten Vieszorek wegen Beihilfe dazu zu 3 Monaten Gefängnis und 1000 M Geldstrafe. Vier Angeklagte wurden zu Geldstrafen verurteilt.

Der Selbstmord des Schwimmers. Im Teltowkanal in Berlin wurde die Leiche eines Mannes geborgen, der die Hände gefesselt hatte. Man vermutete anfänglich einen Mord. Es ist jedoch inzwischen festgestellt worden, daß Selbstmord vorliegt. Der Tote ist als ein 22 Jahre alter Polizeiunterwachtmeister festgestellt worden. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt. Wie sein Vater bekundet, war er ein guter Schwimmer. Ohne Zweifel hat er deshalb seine Taschen mit Sand beschwert und sich die Hände gefesselt, um sicher den Tod zu finden.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Mittwoch, den 17. Mai 1922.

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7[21]

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt 24 Std
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	16	25	12	S	leicht	Regen	0,5
Königstuhl Seehöhe 568 m							
760,8	12	22	12	SW	leicht	wolkig	0,5
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
761,7	16	26	11	SW	leicht	bedeckt	0,5
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
763,6	13	23	8	SW	leicht	bedeckt	6
Badenweiler Seehöhe 420 m							
—	14	22	10	SW	leicht	wolkig	4
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	12	22	9	N	leicht	heiter	0
Villingen Seehöhe 712 m							
762,8	13	24	11	S	schwach	wolkig	0
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
652,7	8	18	6	W	schwach	wolkig	3

Allgemeine Witterungsübersicht.

Nach stärkerer Erwärmung bis zu 25 Grad in der Rheinebene hat gestern über Nacht der Vorübergang einer Druckstörung vielfach Gewitter und Regenfälle gebracht. Heute heitert das Wetter wieder teilweise auf, doch dringt über dem Kanal ein neuer Ausläufer des ozeanischen Tiefdruckgebietes vor, das morgen wieder vielfach Gewitter verursachen wird. Bei vorherrschenden südwestlichen Winden bleibt das Wetter warm.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 18. Mai 1922. Teilweise heiter, doch vielfach Gewitter, fortdauernd warm.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	17. Mai		16. Mai.
Schusterinsel	— m		2,72 m
Kehl	3,80 m		3,65 m
Maxau	5,64 m		5,79 m
"	— m	mittags 12 Uhr	5,74 m
"	— m	abends 6 Uhr	5,71 m
Mannheim	4,90 m		5,09 m

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Ärztlich empfohlen. Tausendfach bewährt.
Je Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Drogerie Roth, Herrenstraße 26,
Drogerie Tscherning, Amalienstr. 19.

Was ist Gustin?

DETKER HELLKOPF

Gustin ist ein sehr feiner Speisestärke-Puder, der in keiner Küche fehlen darf, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken.

Mit **Gustin** bereitet man

Puddings, Cremes, Suppen, Saucen, Kuchen, Torten, Milch- u. Frucht-Flammeris, - Ideale Kinderspeisen, - Krankenspeisen aller Art.

Ein Versuch wird jede Hausfrau befriedigen.

Rezepte umsonst in den meisten Geschäften. Wenn nicht zu haben, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Deutsche Demokratische Partei in Baden
Ortsverein Karlsruhe

Samstag, den 20. und Sonntag, den 21. Mai, findet in

Bruchsal

unsere diesjährige **Landesversammlung** statt. Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. Tagesordnung und Eintrittskarten bitten wir in unserem Parteibüro, **Stefanienstraße 23,** oder bei unserem Kassier, Herrn Otto Hafner, **Hebelstraße 23,** in Empfang nehmen zu wollen.

Der Vorstand.

NB. Mitgliedsbeiträge bitten wir auf unser Postscheckkonto Nr. 17460 überweisen zu wollen.

Welt-Kino
Kaiserstr. 133. Teleph. 5448.

Macistes Abenteuer
III. Episode.
Im Angesicht des Todes.

Vollendete Haarkur mit Schneiders garant. echter **Brennessel-Haartinktur** nach indischer Art gebraut
Preis d. klein. Fl. 20 M. d. halb. Fl. 30 M., d. Literfl. 45 M.
Von **Läusen** garant. in 12 Minuten **befreit** durch **Schneiders „Mors“** 1/2-l-Fl. 40 M. 1/4 „ „ 25 „
Gg. Schneider & Sohn Erstes württemb. Haarheilinstitut.
27jährige Tätigkeit in Behandlung aller Haar- und Bartwuchsstörungen
Stuttgart, Gymnasiumstraße 21 A. Telefon 5703
Verkaufsniederlage: **Adolf Dürr,** Herren- und Damenfriseur, Karlsruhe, gegenüber dem Hauptbahnhof.

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe Karlstraße 13 Tel. 2617
In den Räumen der Privathandelsschule Merkur
Unsere Steuerabteilung
gewährt Rat, Hilfe und Vertretung in allen Steuersachen durch behördlich zugelassene Steuersachverständige.

Baubund-Möbel
in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.
Eigene Verkaufsstellen:
Karlsruhe, Karlfriedrichstr. 22
Freiburg, Kaiserstr. 27
Bruchsal, Gewerbehalle a. Markt
Pforzheim, Theaterstr. 15
Offenburg, Steinstr. 2
Mosbach, Hauptstr. 12
Singen a. H., Scheffelstr. 25
Konstanz, Roßgartenstr. 31.
Badischer Baubund G. m. b. H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157 Karlsruhe Am Rondellplatz

Café Tannhäuser
Karlstraße, gegenüber Hauptpost
Telefon 733
wieder eröffnet
Ab 4 Uhr **KONZERT**
Max Erhardt.

Leibchen, Büstenhalter
erstklassig in Material und Verarbeitung
vorzüglich sitzende langjährig erprobte Formen, preiswert.
„RECA“
idealster, elegant sitzender Korsett-Ersatz.
Spezialform für Umstandszwecke.
Aber bewahren Sie sich vor schlechtsitzenden Nachahmungen.
Aenderungen und **Reparaturen** auch anderer Korsetts sorgfältig und preiswert
Damenbinden, Gürtel
und sonstige Damen-Artikel.
Reformhaus Neubert
Kaiserstr. 118 Karlsruhe Kaiserstr. 118.

Tagesordnung

der am Dienstag, den 23. Mai 1922, vormittags 1/2 9 Uhr im Bezirksratssaal in Karlsruhe stattfindenden Bezirksratssitzung.

I. **Wirtschaftsgesuche Karlsruhe-Stadt:** Otto Kappler Eheleute, Schankwirtschaft „Zur alten Brauerei Kammerer“, Waldhornstr. 23; desgleichen Christian Schäfer, „Zur Stadt Waibstadt“, Werderstr. 40; Peter Hanemann, „Zur neuen Pfalz“, Baumeisterstr. 34; Josef Brex, „Zur Stadt Göttingen“, Schützenstraße 93; Wilhelm Lindemann, „Zum Falken“, Augartenstr. 49; Otto Ludwig, „Zum Schützen“, Wielandtstr. 32; Ludwig Albrecht, Realgastwirtschaft „Zur alten Post“, Adlerstr. 34; desgleichen Philipp Gemünden, „Zum Hirsch“ in Rintheim; Peter Herrmann, Verlegung von „Zur fröhlichen Pfalz“ nach „Zur Goethehalle“, Goethestr. 4; Ferdinand Genannt Eheleute, Verlegung von „Zum Deutschen Haus“ nach „Zur fröhlichen Pfalz“, Sofienstr. 81; Eugen Kistner Eheleute, Veranstaltung von Singspielen im Kaffee „Mozart“, Kaiserstr. 95; der Wirtschaftsbetrieb „Rotes Haus“; II. **Wirtschaftsgesuche Karlsruhe-Land.** Franz Klumpp, Schankwirtschaft „Zur alten Brauerei Ritz“ in Linkenheim; **III. Aenderung des Ortsbauplans in Nußheim; Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe.** Errichtung eines Anbaues an die Eisengießerei **Junker & Ruh hier.** Errichtung eines Anbaues zur Nähmaschinenhalle; K. Hummel hier, Beschwerde gegen bezirksamtliche Auflage.

Karlsruhe, den 16. Mai 1922. O.3. 67.

Bezirksamt.

Maul- und Klauenseuche betr.

Da die Maul- und Klauenseuche in letzter Zeit wiederholt durch Handelsvieh, das nach Baden eingeführt worden ist, weiterverschleppt wurde, wird die Dauer der in unserer Bekanntmachung vom 23. Februar 1922 angeordneten polizeilichen Beobachtung für eingeführtes Rindvieh wiederum auf **sieben** Tage verlängert. Hinsichtlich der zur Einfuhr gelangenden Einstellschweine verbleibt es bis auf weiteres bei der bisherigen Beobachtungsfrist von fünf Tagen.

Karlsruhe, den 16. Mai 1922. O.3. 66.

Bezirksamt.

Technische Hochschule zu Karlsruhe.

Das Verzeichnis der allgemein bildenden Vorlesungen des laufenden Sommersemesters ist in der Vorhalle des Hauptgebäudes der Hochschule angeschlagen.

Badische Bauberatung
Karlsruhe.
Institut für Vermittlung von Häuser, Liegenschaften, Hypotheken und Darlehen u. s. w.

Bucherer
empfiehlt
Geflügel-Körnerfutter Ztr. Mk. 680.— Pfd. Mk. 7.10
Geflügel-Backfutter Pfd. Mk. 9.50
Küken-Backfutter Pfd. Mk. 9.70
bei Zentner-Abnahme billigst
Hirsen geschält und ungeschält
Hundekuchen
Bucherer
in sämtlichen Filialen Telephon 392.

Abonnenten
berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten des
Karlsruher Tagblatt

Empfehlungen
Tüchtige Büglerin empfiehlt sich außer dem Hause. Z. erfr. i. Agneshaus, Hirschstraße 35 b.
Ihr Paßbild in wenigen Minuten nur im Photograph. Atelier, Herrenstr. 38.
Handschuhe reinigt, repariert, färbt **Justi,** Friedrichsplatz 11.

Colosseum
Sandbichlers Bauern-Theater
Donnerstag, 18. Mai, 8 Uhr abds.
1920/21 oder Adams Sündenfall
Posse in 3 Akten v. H. Werner

Residenz-Lichtspiele
Waldstraße 30 Telephon 5111.
Täglich
ununterbrochen von nachmittags 2 Uhr bis abends 11 Uhr
Fridericus Rex
Man wolle gefl. beachten, daß zu sämtlichen Vorstellungen nur an der Kasse gelöste Karten zum Eintritt berechtigen, Freikarten, Passepartoutkarten sind ungültig.
Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren sind zugelassen.

Eintracht
Samstag, den 20. Mai, 8 Uhr
Illich's Zitherverein
KONZERT
unter Mitwirkung von Frl. Else Schlimm.
Am Flügel: Herr Herm. Knierer.
Karten zu 8.— und 6.— Mk. bei Kurt Neufeldt.
BALL

Konzerthaus.
Badische Lichtspiele
Donnerstag, den 18. Mai
nachmittags 6 Uhr und abends 1/2 9 Uhr
Nochmals
Im Kampf mit dem Berge
mit **Vortrag.**
Voranzeige
Dienstag, den 23. Mai
Einsteinfilm
Grundlagen der Relativitäts-Theorie.

Reform-Kleider- und Wäsche-Schränke
Alleinverkauf dieser Ausführungsart

Lazarus Bär Wwe.
Möbelmagazin :: Karlsruhe
Zirkel 3 Ecke Waldhornstraße
Telephon 1925. Gegründet 1873
Ganze Wohnungseinrichtungen u. einzelne Möbel

Eintrachtsaal
Heute Donnerstag, 18. Mai, 8 Uhr
Lichtbilder- u. Experimental-Vortrag, Dr. Carl Hoecker über
Handlesekunst
Anschließend Unterrichtskurs über das Gesamtgebiet der praktischen Menschenkenntnis: Graphologie, Cirologie etc.
Karten zu 15.-, 12.-, 8.- u. 6.- (zuzügl. Steuer) bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Badisches Landestheater.
Donnerstag, 18. Mai, 7 bis 3/4 10 Uhr, M. 45.—
Th. Gem. B. V. B. alle Nummern über 3500
Volksbühne E 8. Nur die gerade Seite des Hauses, also gerade Reihensitze und gerade Logen.
Der Freischütz.

Das Gold im Meer.

Von **Ernst Klein.**

Copyright by Albert Goldschmidt (Berlin).

(6) —— (Nachdruck verboten).

„Vielleicht ist das von ihm gewonnene Gold noch nicht so vollwertig, daß er es nicht herausgeben will. Vielleicht mangelt es ihm an einer geeigneten Organisation — — der Mann wird doch gewiß seine Gründe haben.“

„Sie sehen also selbst, daß es hier fast die Pflicht eines Mannes vom Bau ist, einzugreifen. Gold, Mann, Gold! Wenn Sie in solchen Dingen auch ein Kind sind — so viel werden Sie doch wissen, daß die Welt heute verarmt ist, daß sie hungert und friert, weil sie sich kein Getreide, keine Kohle kaufen kann. Wenn dieser deutsche Professor wirklich Millionen und Millionen aus dem Meere geholt hat und noch holen kann, so müssen sie doch in den Dienst der Menschheit gestellt werden!“

Auch das klang einleuchtend — wenn auch, aus dem Munde eines amerikanischen Geldmenschen, wenig überzeugend. Milan konnte sich nicht helfen — er mußte rund herauslachen. Mr. Boyle schaute ihn verwundert an, aber der Kroate steckte sich eine Zigarette an, streckte seine langen Beine weit von sich und lachte ruhig weiter.

Mr. James Aubrey Boyle, Seniorchef der Bankfirma Boyle and Boyle in Neuyork, wußte nicht recht, sollte er sich ärgern oder mitlachen. Er fühlte die Ueberlegenheit, die sich dieser arme Schlucker über ihn anmaßte, aber er fühlte ebenso die Unmöglichkeit, ihn von dieser Anmaßung zu kurieren und den Spieß umzudrehen. Das einzige, was Mr. Boyle Ansehen und Würde und Ueberlegenheit gab, war Geld — eine Macht, vor der sich in Amerika alles nur zu willig beugte. Hier aber saß ein junger Mensch und lachte über diese Macht . . . Mr. Boyle war einer der Großen in Wallstreet. Seine Firma war älter als die Morans, Vanlips und Goulds. Wenn er die Stirne runzelte, bekamen sämtliche Börsen in Europa Krämpfe — und da saß dieser ehemalige österreichische Offizier, der vielleicht noch nie eine Tausenddollarnote in der Hand gehabt hatte, und lachte über ihn, über sein Geld, über seine Macht. Mr. Boyle wurde von einem ungeheuren Mitleid für Europa erfaßt, das im zwanzigsten Jahrhundert noch solche Menschen hervorbringen konnte.

Schließlich lachte er mit.

„Sie scheinen mir nicht zu glauben?“ meinte er.

„Mit all dem Respekt, den ich dem Chef meines alten braven Onkels schuldig bin — nein. Kein Wort. Ich meine, kein Wort von dem Getreide und der Kohle, die sich die hungernde Welt kaufen soll, wenn erst Boyle and Boyle in Neuyork die Kompagnons des verrückten deutschen Professors sind. Aber — ich will die Sache übernehmen. Die dreißigtausend Dollars sind auf einer Bank in Wien zu deponieren. Wenn ich zurückkomme und Sie in einer für Sie befriedigenden Weise informieren kann, gehört das Geld mir. Informiere ich Sie nicht, so habe ich natürlich keinen Anspruch auf diese Summe. Die Kosten müssen Sie mir à fond perdu vorstrecken. Einverstanden?“

„Halt, eine Minute,“ entgegnete der Bankier. „Ihre Bedingungen sind sehr fair. Aber was heißt das, wenn Sie uns nicht informieren — —“

„Es kann doch auch der Fall eintreten, ich habe den gewünschten Erfolg, bin indessen der Ansicht, jenes Geheimnis ist derart, daß es mit meiner Ehre unvereinbar ist, es weiterzugeben. So wäre ich eben nicht in der Lage, Sie informieren zu können.“

Mr. Boyle begann auf einmal Respekt vor dem Menschen zu verspüren, der vorhin so unverantwortlich über Geld und Geldesmacht gelacht hatte. Für ihn war die Sache klar. Michailowitsch wollte sich einfach die Möglichkeit sichern, am Ende seiner Erkundigungen seinen Preis in die Höhe schrauben zu können. Gut, auf solche Eventualitäten konnte man sich einlassen. Das war dann eine Sache der größeren Smartheit. Michailowitsch wollte auf Kosten der Firma Boyle and Boyle das Geheimnis der norwegischen Inseln erforschen und dann an den verkaufen, der ihm das Meiste dafür bot. Eine Idee, wahrhaftig eines amerikanischen Hirns würdig. Mr. Boyle, der eine Zeitlang schon schwankend gewesen, ob Michailowitsch mit all seiner Kühnheit, seiner Verwegenheit und Schlauheit der richtige Mann für seine Zwecke war, begeisterte sich jetzt für ihn. Er glaubte, ihn jetzt besser zu verstehen. Die Ueberlegenheit war verschwunden, aber der Respekt war da.

Der Amerikaner entnahm seiner Aktentasche Schreibzeug und Papier. Schrieb in kleinen, zierlichen Buchstaben den Entwurf eines Vertrages zwischen ihm und Michailowitsch nieder. In englischer Sprache, da er erst den genauen Wortlaut festsetzen wollte. Wie erstaunt war er aber, als Michailowitsch das Schriftstück durchlas und zwei Stellen, die ihm nicht zusagten, in bestem Englisch umänderte.

Es war nun nicht viel mehr zu tun. Jeder schrieb ein Vertragsexemplar ab, das dann der andere unterzeichnete. Boyle übergab Milan einen bereits vorbereiteten Kreditbrief auf das Haus Holmsen in Christiana und eine Aufzeichnung des Gespräches, das sein Onkel mit dem Landsmann geführt hatte.

Dann erhoben sie sich und stiegen miteinander die Treppe hinauf.

Als sie in der ersten Etage standen, reichten sie sich die Hand zu einem kurzen Abschied.

„Wann gehen Sie auf die Reise?“ fragte Boyle.

„Nun so bald wie möglich. Aber ich muß bitten, nicht die Geduld zu verlieren, wenn Sie einige Zeit nichts von mir hören. Ich habe meinen Plan, aber, wie gesagt, dazu brauche ich ein paar Wochen, vielleicht sogar Monate.“

„Nachrichten bitte über Holmsen in Christiania gelangen zu lassen. Gute Nacht, Mr. Michailowitsch. Und viel Glück!“

„Gute Nacht, Herr Boyle. Und bitte, grüßen Sie meinen alten Onkel von mir! Sagen Sie ihm, daß ich ihm schon keine Schande machen werde — so oder so.“

V.

Milan Michailowitsch war ein Frühaufsteher. Um acht Uhr saß er bereits unten und ließ sich seinen Kaffee, so schlecht er war, gut schmecken. Da trat ein junger Mann auf ihn zu, verbeugte sich wie ein zusammenklappendes Taschenmesser und schnarrte, er erlaube sich, als der Hoteldetektiv sich vorzustellen.

Man sah ihm auf den ersten Blick den preußischen Offizier in Zivil an, und Milan erhob sich, gab ihm die Hand und erwiderte in alt-österreichischer Kameradschaftstradition:

„Sehr erfreut, Major Michailowitsch.“ —

Worauf der zum Detektiv avancierte Leutnant nach altpreußischer Tradition die Hacken zusammenknallte und sich in schrägem Winkel nach vorne steifte. Mit einem „Danke jehorsamst“ ließ er sich an dem Tische nieder.

Fortsetzung folgt.

Tagung des Bezirksvereins Baden im Deutschen Fleischerverband.

(Eigener Bericht.)

* **Karlsruhe**, 17. Mai. Nach dem Begrüßungsabend im Tiergarten-Restaurant, der schon eine große Anzahl auswärtiger Gäste sah, fand am Mittwoch vormittag im kleinen Saal der Festhalle der 27. Badische Bezirkstag des Verbandes statt. Die Beteiligung war äußerst stark.

Nach einem Vokalvortrag einer Abteilung der Gesangsvereinigung der Mannheimer Metzgerinnung (Das ist der Tag des Herrn) nahm der Vorsitzende Stadtrat Koch-Heidelberg das Wort zur Begrüßung. Er richtete Dankesworte an die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, als Vertreter der Regierung Oberregierungsrat Fehsenmaier, Amtsvorstand Schaible, Oberbürgermeister Dr. Finter, der 2. Vors. der Handwerkskammer Blum, deren Syndikus Endreß, Veterinärrat Direktor Bayersdörfer, den Vorsitzenden der Viehhändlervereinigung Fichter, die Vertreter der Presse usw.

Geh. Rat Cron begrüßte im Namen des Ministers und des Ministeriums des Innern, namens des Landesgewerbeamts und im eigenen Namen und betonte, daß das Metzgergewerbe als eines der ersten Gewerbe die Wichtigkeit des Zusammenschlusses erkannt habe.

Namens der Karlsruher Metzgerinnung richtete Obermeister Betsche-Karlsruhe herzliche Worte der Begrüßung an die Erschienenen. Er schloß mit den Worten: Vereinter Kraft gar oft gelingt, was einer nicht zustande bringt.

Der 2. Vorsitzende der Handwerkskammer Karlsruhe, Schlossermeister Blum-Karlsruhe teilte mit, daß deren Präsident, Abg. Isenmann, leider am Erscheinen verhindert sei. Er wünschte der Tagung den besten Erfolg.

Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, wobei er eine Reihe beruflicher Fragen streifte. So sei die Verwertung der Nebenprodukte und der gemeinsame Bezug im Verein mit Württemberg eines der wichtigsten Gebiete. Auch das Margarinewerk in Durlach, das heute besichtigt werde, müsse hier angeführt werden. Durch den obligatorischen Lebendgewichthandel werde das Fleisch verteuert. Ein weiteres Uebel ist die Ueberfütterung. Freiheit im Handel ist notwendig. In den Viehhandel sind Elemente eingedrungen, die früher niemals hätten Viehhandel treiben dürfen. Hier ist der Fachmann notwendig. Bei Vergebung der Handelslizenzen sollten die Behörden vorsichtig sein. In einzelnen Ortschaften trifft man 3, 4 u. 5 Händler an, wo sonst kein einziger war. Die Geschäftsstelle des Verbandes solle von den Mitgliedern rege benutzt werden.

Den Kassenbericht erstattete Herr Vollath-Mannheim. Dieser schließt in Einnahmen mit 23 412,12 ℳ, in Ausgaben mit 16 878,96 ℳ ab, Kassenbestand am Jahresschluß 6 533,16 ℳ, Gesamtvermögen 14 283,51 ℳ. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Der Vorstand beantragte die Erhöhung des Verbandsbeitrags von 10 auf 30 ℳ. Ein Antrag Kurz-Mannheim will den Beitrag auf 50 ℳ erhöhen. Dieser letztere Antrag wurde gegen 1 Stimme angenommen.

Darauf begannen die Vorträge. Der Syndikus der Handwerkskammer Karlsruhe, Endreß, sprach über: „Die neuen Steuern und das Handwerk". Bei dem Steuerwerk habe man eine große Reihe von Wünschen des Handwerks nicht berücksichtigt. Gegen den Plan des Reichsfinanzministers, die Umsatzsteuer und die Zuckersteuer zu erhöhen, müsse man sich wenden. Scharf wandte sich der Redner gegen das Reichsvermögensgesetz, das die Wirtschaft zerrütte. Das Vermögenszuwachssteuergesetz sieht Besteuerung in Höhe von 1—10% vor. Die geübte Steuerpolitik sei falsch, weil die Steuer den Scheinzuwachs so behandle wie das Kapital selbst. Es wird dann die Bedeutung der Umsatzsteuer für das Handwerk besprochen. Die Zahlung der Steuer, die ab 1. Januar von 1½ auf 2% hinaufgesetzt würde, soll künftig vierteljährlich im voraus geleistet werden. Bei der Einkommensteuer-Veranlagung wurde eine Anzahl von Handwerkswünschen berücksichtigt. 1922 habe das Handwerk mit der Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer, Notopfer usw. und den Vorauszahlungen auf die Zwangsanleihe zu rechnen. 1926 trete die Vermögenssteuer dazu. Ein besonderes Wort widmete der Redner einer alten Steuer, der Gewerbesteuer. Er warnte die Städte, die Steuerpolitik in Steuerunmoral ausarten zu lassen. Durch die starke Heranziehung jener Kreise, die die Gewerbesteuer zahlen, glaube man in gewissen Kreisen eine andere Art der Enteignung durchführen zu können. Es habe den Anschein, als ob die steuerliche Zuständigkeit der Länder und Gemeinden erweitert werde. Durch die Schröpfung des Kapitals werde der Arbeitnehmerschaft kein Dienst erwiesen. Werde die Steuer überspannt, so werde sie entweder auf den Produktionsprozeß oder auf den Konsumenten abgewälzt. Nach dem Ausspruch eines ausländischen Sachverständigen seien die deutschen Steuern bereits jetzt überspannt. Als Grundforderungen stellte der Redner folgendes auf: 1. Die Steuern müssen vernünftigen Zwecken zugeführt werden; 2. für die Steuer muß eine Gegenleistung gewährt werden; 3. die Besteuerung darf nicht die Form der Bestrafung annehmen. Um die Wünsche der Bürgerschaft in die Wirklichkeit umzusetzen, sei es auch notwendig, daß es aktiver werde. Der Vortrag fand lebhaftesten Beifall.

Beck-Mannheim klagt darüber, daß in Mannheim eine Politik der Vernichtung des Gewerbes getrieben werde. Weiter unterzieht er die unsachgemäße Behandlung von gewerbesteuerlichen Fragen einer Kritik. Er schlägt vor, eine Entschließung zu fassen, die Innungen und Vereinigungen an die Finanzämter richten sollten. Sie lautet: „Der Verband protestiert gegen die unfachmännische und jeder Objektivität spottenden Einschätzung einzelner Finanzämter und bittet, bei den künftig stattfindenden Sitzungen der Veranlagungsausschüsse Fachleute heranzuziehen." Die Entschließung findet einstimmige Annahme.

Walz-Kehl kritisiert, daß der Metzger bei Häuten und Fellen doppelte Umsatzsteuer bezahlen muß. Der Vorsitzende erklärt, daß diese Frage noch der Klärung unterliegt.

Aus der Versammlung wird der Wunsch laut, auf dem Lande einige Stunden für den Sonntagsverkauf freizugeben.

Obermeister Erdrich-Pforzheim spricht über „Preisprüfungsstellen". Wenn die Preisprüfungsstellen eine Aufgabe hätten, so müßte es die sein, dafür zu sorgen, daß der Metzger im ganzen Deutschen Reich Vieh kaufen könnte. Ferner, daß er nicht hohe Gebühren für eine Handelserlaubnis bezahlen muß. Nur die Innung sollte das Recht haben, die Preise festzusetzen. Der Redner legt eine in diesem Sinn gehaltene Entschließung vor.

Der Vorsitzende geht ebenfalls auf dieses Thema ein. Die praktische Leistung der Preisprüfungsstellen stehe in gar keinem Verhältnis zu dem Kostenaufwand, der durch sie verursacht werde. Ueber die wirtschaftlichen Tatsachen könne auch keine Preisprüfungsstelle wegkommen. Ein objektives Urteil sei einer Einrichtung, in der politische Momente eine solche Rolle spielen, unmöglich. Aus einer Einrichtung, die dazu benutzt wird, das Gewerbe zu knebeln, kann nichts Gutes herauskommen. Wenn diese Einrichtung verschwinde, so habe niemand Schaden davon, höchstens jene, die auf den betreffenden Sesseln sitzen. Sein Vorschlag, die endgültige Fassung der Entschließung dem Vorstand zu überlassen, wurde angenommen.

Stadtrat Häußermann-Stuttgart, nachträglich vom Vorsitzenden begrüßt, überbringt die Grüße des Württ. Bezirksvereins. Er drückt den Wunsch aus, daß die Beziehungen zwischen Baden und Württemberg sich noch enger gestalten mögen.

Ueber „Die gemeinsame Verwertung der Nebenprodukte" sprechen Stadtrat Groß-Mannheim und Stadtrat Koch-Heidelberg. Die betreffenden Werke sind äußerst leistungsfähig geworden. Es handelt sich um die Vereinigten Margarine- und Fettwerke Durlach, Lederwerke Neckargemünd (Kommandit-Gesellschaft vorm. Carl Pirsch), Hörner- und Klauenverwertung und Knopffabrik Einsingen bei Ulm (Interessengemeinschaft), Konservensalzfabrik mit Gewürzmühle und Gewürzsalzfabriken Feuerbach bei Stuttgart (Hagesüd, Handelsgesellschaft Süddeutschlands).

Der Vorsitzende betonte ebenfalls die Wichtigkeit der rationellen Verwertung der Nebenprodukte. Wenn diese nicht so durchgeführt worden wäre, hätten wir einen noch höheren Fleischpreis.

Dir. Häußermann-Stuttgart sprach im Namen des Südd. Häuteverwertungsverbandes und der Südd. Handelsgesellschaft für das Fleischergewerbe in ähnlichem Sinne.

Ingenieur Herig-Karlsruhe richtete Worte der Begrüßung im Namen des Instituts für rationelle Betriebsführung in Handwerk an die Versammelten.

Da Obermeister Geißler-Sandhofen verhindert war, fiel der Vortrag über „Währschaftsfragen und Fleischbeschaugebühren" aus.

Ueber das „Lehrlingswesen" sprach Rolle-Konstanz. Das Metzgergewerbe wolle keine Lehrlinszüchterei, aber die Bestimmung der Zahl der Lehrlinge müsse dem Meister überlassen bleiben. In ein eigentliches Lohnverhältnis sollte man nicht eintreten. Das Metzgergewerbe sollte beim Zustandekommen von Gesetzen tätiger mitwirken. Seine Tradition sei derart, daß es keine Bevormundung notwendig habe. Schon vor Jahrhunderten habe es sich um das Wohl und Wehe der Lehrlinge gekümmert. Dem Handwerksmeister gebühre volles Verfügungsrecht in dieser Frage.

Beck-Mannheim behandelt die „Tariffrage". Der Achtstundentag lasse sich im Metzgergewerbe nicht durchführen. Hausburschen und Arbeiterinnen sollte man nicht in einen Tarif einbeziehen. Kost- und Lohnsätze sollte man so hoch ansetzen, daß sie den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Es werde versucht, festzulegen, daß der Meister dem Gesellen im Erkrankungsfall den Lohn für 3—6 Wochen weiterzubezahlen hat. Daran habe der Meister kein Interesse, denn jeder Meister werde von selbst seinem guten Gesellen auch in der Krankheit beistehen.

Ulrich-Baden-Baden bemängelt die zu niedrige Ansetzung von Kost und Logis. Die Verpflegung eines Gesellen stelle sich auf 50—60 ℳ im Tag. Er wünscht die Aufstellung von Richtlinien für Tarifverträge durch den Bezirksverein, denen Altersstufen zugrunde gelegt werden müßten. Die verheirateten Gesellen müßten entsprechend höher bezahlt werden. Auch Arbeitszeit, Krankheitsfall, Urlaub usw. sollten in Baden einheitlich geregelt werden.

Der Vorsitzende meint, es sei zweckmäßig, die einzelnen Tarifverträge zu sammeln, um zu einem Einheitstarif zu kommen.

Betsche-Karlsruhe empfahl eine genaue Prüfung der Tarifverträge.

Der Vorsitzende machte mit Begrüßungstelegrammen bekannt, die von der Landwirtschaftskammer, vom Bezirksverein Hessen-Nassau und vom Schweizer Verband eingelaufen waren.

Obermeister Hohlweg-Lahr sprach über den „Viehverkehr innerhalb und außerhalb der Grenzen". Es wurde gefordert, daß jeder Metzger die Handelserlaubnis erhalte. Der Verband müsse den wilden Viehaufkauf bekämpfen.

Oberregierungsrat Fehsenmaier kam auf die Verordnungen zur Verhinderung der Viehverschiebungen und gegen wilden Viehhandel zu sprechen.

Des weiteren äußern sich Veterinärrat Schlachthofdirektor Fries-Mannheim, der Vorsitzende, Obermeister der Landinnung Bürk-Stein, Oberregierungsrat Fehsenmaier, der Aufklärung darüber gibt, daß es sich bei den Viehkäufen vielfach um die Leistungen aus dem Friedensvertrag handelt. Die von Herrn Bürk gewünschte Kontrolle sei nur durch die Zwangswirtschaft möglich. Aber die wolle man doch nicht mehr. (Zustimmung.)

Es folgt das Thema „Freizügigkeit beim Vieheinkauf". Zunächst spricht Obermeister Hensler-Freiburg. Seine Ausführungen gipfeln in einem Antrag, der bewirken soll, daß die Einschränkungen in der Einkaufserlaubnis der selbständigen Metzgermeister beseitigt werden.

Obermeister Leinsberger-Flinsbach schließt sich im großen und ganzen dem Vorredner an. Auch der Schlußscheinzwang, der soweit gefallen sei, wird von ihm erörtert. Die schikanösen Bestimmungen wegen der Handelserlaubnis müßten wegfallen. Er verlangt die Handelserlaubnis, soweit sie der Verkauf des Metzgers bedinge, ohne weitere Förmlichkeiten.

Oberregierungsrat Fehsenmaier geht auf verschiedene Fragen ein, die in der Diskussion besprochen wurden. Wenn der Metzger Vieh weiterverkaufe, brauche er die gesetzliche Handelserlaubnis.

Die Herren, die aus dem Vorstand auszuscheiden haben, werden bei der Wahl sämtlich durch Akklamation wiedergewählt. Die Bestimmung der drei Delegierten zum Deutschen Verbandstag wird dem Vorstand überlassen. Ebenso die Entscheidung über den nächsten Bezirkstag.

Kurz-Mannheim brachte den Dank an Gäste und Vorstand zum Ausdruck, der durch ein Hoch bekräftigt wurde, das die Sängerabteilung der Metzgerinnung Mannheim in tonschöner Weise sang, die so zur Verschönerung der Tagung wesentlich beitrug.

In einem Schlußwort des Vorsitzenden betonte dieser, daß wir durch Arbeit, Fleiß und Rechtschaffenheit wieder hochkommen könnten. Er endigte mit einem Bekenntnis der Treue zum Vaterland, zur Arbeit, zu Haus und Familie und zur Allgemeinheit. Die Ausführungen klangen in ein Hoch auf das deutsche Vaterland und das deutsche Handwerk aus.

Um 3 Uhr begaben sich die Teilnehmer in Sonderwagen der Straßenbahn von der Festhalle aus nach Durlach zur Besichtigung der Südd. Margarine- und Fettwerke.

Abends fand in der Festhalle unter Mitwirkung des „Karlsruher Liederkranz" und Angehörigen von Innungsmitgliedern wie des Sportklubs „Germania" ein Bankett statt, dem sich ein Ball anschloß.

37. Verbandstag der badischen Gastwirte.

(Fortsetzung der Beratungen.)

t. **Rastatt**, 17. Mai. (Eig. Bericht.) Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die verschiedenen Verbandsunternehmungen (Verbands-Selters-Sprudel-Werk, Einkaufsgenossenschaft, Haftpflichtversicherung usw.) hin und richtet die Aufforderung an die Wirte, alle diese Selbsthilfewerke ausgiebig zu benutzen. Leicht-Pforzheim unterstreicht diese Forderung.

Es folgt die Beratung von drei Anträgen, die sich mit der Weinsteuer und dem Weinsteuergesetz befassen. Verbandssekretär Deißig-Karlsruhe referierte kurz über die gegenwärtige Lage. Nach Mitteilungen der Reichsregierung soll das Weinsteuergesetz vom 26. Juni 1918 mit seinem Ablauf am 1. Juni 1923 einer Revision unterzogen werden. Bei dieser Aenderung sollen unbedingt die berufenen Vertreter der gastwirtschaftlichen Organisationen gehört werden und das Gesetz dahin abgeändert werden, daß die Weinsteuer wie nach dem früheren badischen Weinsteuergesetz direkt beim Verkauf vom Hersteller erhoben wird und daß alle Wirte als Verbraucher gelten sollen. Ferner soll eine Vereinfachung und Verbilligung in der Durchführung des Gesetzes (Kellerbücher) herbeigeführt werden. Die Vorschriften des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen dazu haben beim gesamten Gastwirtsgewerbe Süddeutschlands, wo in der Hauptsache der Wein offen ausgeschenkt wird, große Erbitterung hervorgerufen. Falls eine Mindereinnahme an Weinsteuer zu befürchten ist, kann diese eventuell doch durch eine besondere Steuer auf Flaschenweine und Sekt (Banderolsteuer) ausgeglichen werden. Gegen das im letzten Satz enthaltene, als gefährlich bezeichnete Entgegenkommen wendet sich der Wunsch der Hotelierkreise, die mehr auf Flaschenweinausschank angewiesen sind, nicht Verbandsvorteile auf Kosten der Hoteliers usw. zu erreichen.

Der Wirteverein Freiburg (Berichterstatter Trautwein) beantragt, die Regierung möge vor dem kommenden Herbst rechtzeitig Vorsorge treffen, daß der inländische Wein nicht wieder zum größten Teil ins Ausland verkauft wird. Auch soll eine leichtere und vereinfachte Buchführung für das Wirtsgewerbe eingeführt werden. Wie nachgewiesen ist, wurde der letztjährige Wein hauptsächlich von Ausländern aufgekauft, wodurch die Weinpreise sehr in die Höhe gingen und wodurch die deutschen Wirte und Verbraucher schwer geschädigt wurden. Außerdem gehen durch den Verkauf ins Ausland dem Staat viele Steuern verloren, da der ausgeführte Wein steuerfrei war.

Am weiteren Verlauf der Sitzung nimmt als Vertreter des Ministeriums des Innern der Regierungsassessor Dr. Hessencamp, Respizient für Handel und Industrie, teil.

Leinberger-Sinsheim begründet den Antrag seines Vereins, der ebenfalls gegen die Erhöhung der Weinsteuer geht. Die Diskussion weist eine stattliche Reihe von Rednern auf. Schanz-Freiburg fordert, daß in diesem Jahre nicht wieder die Grenze geschlossen werde, wenn der Wein draußen im Auslande liege. — Häfner-Mannheim wendet sich gegen die Unterscheidung von großen und kleinen Gastwirtsbetrieben bei der Weinbesteuerung, auch Zürn-Karlsruhe will für den ganzen Gastwirtsverband die Eigenschaft des Verbraucherwirts durchgeführt wissen. Knodel-Mannheim erklärt sich mit der Begründung des Verbandsantrages seitens des Verbandsbüros nicht einverstanden und weist eine Mehrbelastung des Wirtsgewerbes zu Gunsten anderer Kreise zurück. Ein Ausgleich des Weinsteueraufalls durch die Gastwirte selbst herbeizuführen, hieße nur die eben gewonnene Einigkeit im Gewerbe wieder zu sprengen. — Bautz-Emmendingen bringt als neues Moment den Hinweis, daß das Weinsteuergesetz Reichsgesetz, und eine Zurechtstutzung nach badischen Interessen wohl nicht möglich ist. Die neuen Bestimmungen und Kontrollmaßnahmen werden in kurzer Zeit dazu führen, daß der Unterschied zwischen Händler und Verbraucher für den Wirt sich wesentlich zu Gunsten des Händlerwirts verschoben hat.

Im Anschluß an von Mörgelin-Binzen mitgeteilte Erfahrungen über die Weinausfuhr kommen noch verschiedene Fälle von Ausfuhrmißständen zur Sprache. Der Vorstand nimmt das Material zur Untersuchung der Fälle an sich. Hartleb (Hessen-Nassau und Waldeck) erklärt, daß mit der Erhebung der Weinsteuer beim Erzeuger alle Diskussion und Sorge überflüssig sei. Der Vorstand wird beauftragt, im Sinne des Verbandsvorschlages vorzugehen.

Betzold-Konstanz bringt den Antrag: Der Verband wolle dahin wirken, daß die Einrichtung von Gastwirtskammern alsbald verwirklicht wird. Wenn dies aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, möge er dahin wirken, daß das gesamte Gastwirtsgewerbe Anschluß an die Handelkammern findet, da es notwendig ist, daß die Angelegenheiten des Gastwirtsgewerbes genau wie die der anderen Gewerbebetriebe durch eine öffentlich-rechtliche Organisation vertreten werde. Möller-Pforzheim wünscht, daß kein Anschluß an die Handwerks- oder Handelskammer erfolgt, da man sonst keine Gastwirtskammern bekomme.

Ein Vertreter des Hotelverbandes berührt die Stellung seines Verbandes zum Gastwirtsverband und der Errichtung von Gastwirtskammern und hält einen Antrag in dieser Richtung für aussichtslos. — Gewerberat Niederbühl (Mitglied des Reichswirtschaftsrates) bittet in einem Schreiben, die Blicke weniger auf die Handels- als auf die Handwerkskammern zu richten. — Knodel-Mannheim empfiehlt Annahme eines Antrages, der den Vorstand beauftragt, über die ganze Angelegenheit Material zu sammeln und es dem nächsten Verbandstag vorzulegen. — Hartleb-Kassel wendet sich gegen die Ausführungen des Hoteliersvertreters. Die Gastwirtskammer hat gegenüber einem Fachausschuß bei irgend einer anderen Kammer finanziell bessere Aussichten und bietet noch den Vorteil, daß die Gastwirtskammern zwangsweise alle Berufskollegen finanziell beteiligt, was bei Fachausschüssen nicht möglich ist. Das Ziel muß die Gastwirtskammer bleiben.

Der Antrag Knodel-Mannheim, dem Verbandsbüro die Weiterbearbeitung des Gastwirtskammerplanes zuzuführen und das Ergebnis dem nächsten Verbandstag vorzulegen, wird darauf einstimmig angenommen. Gemäß dem Antrag der Wirtevereine von Pforzheim und Heidelberg beschließt der Verbandstag, beim Ministerium des Innern dahin vorstellig zu werden, daß die Polizeistunde für ganz Baden auf 12 Uhr mit einer Karenzzeit bis 12.30 Uhr festgesetzt wird.

Im Interesse der Beendigung der Tagesordnung werden die Anträge des Wirtevereins Konstanz betr. Mieterschutz, Wirteverein Mannheim, bei Bierpreiserhöhungen die Ausschankpreise stets für das ganze Land festzusetzen, ferner die Anträge auf Ausstellung von Richtlinien für die Mindestberechnung von Mittagessen usw., auf Berücksichtigung der dringenden Bedürfnisse der Saalwirte, angenommen. Weiter wird den Anregungen des Wirtevereins Sinsheim, beim Ministerium des Innern dahin zu wirken, daß die Abhaltung der althistorischen Kirchweihen auf dem Lande wieder an den Tagen gestattet wird, wie dies in Vorkriegszeit Brauch war, sowie dem Antrag des Wirtevereins Freiburg um Aufhebung des Sonntagsbackverbots für gastwirtschaftliche Betriebe stattgegeben.

Der nächste Verbandstag wird auf Antrag des Wirtevereins St. Blasien diesem übertragen.

Aus Baden

Landwirtschaftstagungen.

t. **Freiburg**, 17. Mai. Gestern begannen hier die üblichen Maitagungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die mit dem 38. Verbandstag des Verbandes der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften in Baden eingeleitet wurden. Verbandsdirektor Oekonomierat Haecker-Freiburg begrüßte die in großer Zahl erschienenen Landwirte, ferner die Vertreter der Regierung, der Stadtverwaltung und der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen. Zum Andenken an den Präsidenten der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Bürgermeister Neck-Eggenstein erhoben sich die Versammelten von den Sitzen. Namens der Regierung begrüßte Landeskommissär Dr. Schneider die Landwirte und wies dabei auf die bedeutungsvolle Aufgabe der Sicherstellung der Volksernährung durch die Landwirtschaft hin. Weiter sprach noch der Vertreter des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Regierungsrat Gennes Berlin, der die Notwendigkeit betonte, das Geld des flachen Landes in die landwirtschaftl. Genossenschaften hereinzubringen. Um die Landwirte in die Lage zu versetzen, aus dem Boden soviel wie möglich herauszuholen, sei die Beschaffung eines ausreichenden Kredits für die Landwirte nötig.

Verbandsdirektor Haecker erklärte bei Erstattung des Rechenschaftsberichts, daß der genossenschaftliche Gedanke sich im letzten Jahr weiter ausgedehnt habe. Das Vermögen der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften betrug Ende 1921 insgesamt 93 586 Mk. Der Verband zählt heute 485 Kreditgenossenschaften; seit dem Kriege wurden 20 Kreditvereine neu gegründet.

Im Anschluß hieran fand die 27. Generalversammlung des Badischen Molkereiverbandes statt, die sich in der Hauptsache mit der Erhöhung der Milcherzeugung und mit der Milchpreisfrage befaßte. Veterinärat Müller-Radolfzell verbreitete sich über dieses Thema, während Dr. Schaller von der Versuchsanstalt Augustenburg über die Steigerung der Milchproduktion im besonderen sprach.

Monsignore Scheu gestorben.

t. **Konstanz**, 17. Mai. (Drahtber.) Im Alter von 81 Jahren ist in der vergangenen Nacht Monsignore Karl Scheu, Divisionspfarrer a. D., an den Folgen eines Herzschlages gestorben. Er war 1841 in Donaueschingen geboren und wirkte seit 1874 in Konstanz, zuerst 11½ Jahre lang als Seelsorger der Spitalpfarrei und dann 22 Jahre lang als Divisionspfarrer. Im Jahre 1907 wurde er in den Ruhestand versetzt. Besonders lebhaften Anteil nahm der Verstorbene auch an den charitativen Unternehmungen. So hat er sich besonders als Grün-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

der und Verwalter des St. Vinzentiushauses große Verdienste erworben. Der Verstorbene war einer der populärsten Soldatenpfarrer im Lande.

XI. Verbandstag des Landesverbandes badischer Schreinermeister.

Der Landesverband bad. Schreinermeister und verwandter Berufe, Sitz Pforzheim, der im vergangenen Jahre einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, und dem nunmehr nahezu sämtliche Innungen und Vereinigungen des Landes angehören, hält in den Tagen vom 15. bis 17. Juli d. J. in Konstanz seinen XI. Verbandstag ab. Das Interesse, das die Mitglieder dieser Tagung entgegenbringen, ist sehr rege, so daß mit einer großen Beteiligung gerechnet werden darf.

*

t. **Mannheim**, 17. Mai. An der Floßhafenschleuse fiel der achtjährige Sohn des Schmieds Foßhag in den Neckar und ertrank.

t. **Heidelberg**, 17. Mai. Der Bürgerausschuß beriet gestern längere Zeit über die Stadtratsvorlage, nach der die Fremdensteuer um 50 Prozent erhöht und vom Mehrerlös der Heidelberger Bad. Akt.-Ges. als Ersatz für die noch nicht einzuführende Kurtaxe für Badbesucher die Hälfte zu überlassen sei. Die Ansichten über die Notwendigkeit der Ueberweisung an die Bad. Akt.-Ges. gingen stark auseinander. Man stimmte aber dann der Vorlage und der Abänderung zu, daß der der Badegesellschaft zufließende Betrag, der vorläufig nur für dieses Jahr in Betracht kommt, 200 000 M nicht übersteigen darf. Der Bildung eines „Gemischten beschließenden Ausschusses" aus Stadtverordneten und Stadträten stimmte der Bürgerausschuß zu. Für weitere Arbeiten im Rahmen der schon bewilligten Ausführung der Schwemmkanalisation im ganzen Stadtgebiet wurden 4 475 000 M bewilligt. Am Schlusse genehmigte der Bürgerausschuß nach Erledigung kleinerer Vorlagen auch die Erhöhung des elektrischen Strompreises auf 8.20 M für Licht, 6.40 M für Kraft und 6.20 M für Großabnehmer.

t. **Oberkirch**, 17. Mai. Die Hauptversammlung des Badischen Schwarzwaldvereins findet vom 17. bis 19. Juni hier statt.

t. **Lahr**, 17. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte einen Betrag von 5,4 Millionen Mark, der als Mehraufwand für 113 Wohnungen und 3 Einfamilienhäuser notwendig ist. Der Gesamtaufwand für diese Wohnungsbauten beläuft sich auf 8,6 Millionen Mark.

= **Triberg**, 17. Mai. Der bekannte badische Landschafter P. Wehrle ist in Freiburg i. B. im Alter von 56 Jahren gestorben. Der Künstler, der die Schönheiten seiner Schwarzwaldheimat mit seiner Pastelltechnik eigenartig darzustellen wußte, hat besonders in Baden und in der Schweiz sich als Landschafter durchgesetzt.

t. **Triberg**, 17. Mai. Gegenwärtig werden die Brücken der Schwarzwaldbahn an der Strecke Hausach—Gutach—Hornberg bezw. die Durchlässe umgebaut. Später kommen die Brücken bis Triberg und weiter hinauf in der Richtung gegen Villingen an die Reihe. **Mit dem Um- bezw. Neubau der großen Brücke in Hornberg soll im nächsten Jahr angefangen werden.**

t. **Freiburg**, 17. Mai. Auf der Höllentalbahn bei Hinterzarten sprang, während der Zug langsam fahren mußte, ein Häftling aus dem Fenster eines Wagens. Durch Ziehen der Notleine wurde der Zug zum Stehen gebracht. Der Gendarm sprang dem Häftling nach und nahm die Verfolgung auf. Ob es gelang, den Flüchtling zu fassen, ist nicht bekannt geworden.

t. **Freiburg i. B.**, 17. Mai. Der Verein badischer Pflanzenzüchter hält seine diesjährige zweite Generalversammlung mit anschließenden öffentlichen Vorträgen am Sonntag, den 10. September, in der Groß-Sinnerhalle hier ab. Die Hauptversammlung am Nachmittag soll sich zu einer machtvollen Kundgebung für den weiteren Ausbau der Pflanzenzüchtung in Baden gestalten. Als Redner sind Saatzuchtinspektor Meisner in Karlsruhe und Saatzuchtinspektor Buß in Rastatt gewonnen.

t. **Donaueschingen**, 17. Mai. In Hausen vorm Wald ist das Anwesen des Zuchtviehhändlers Kaspar Hauser durch Feuer vollständig zerstört worden. Es gelang, den großen Viehbestand, sowie einen Teil der Fahrnisse zu retten. Infolge heftigen Windes waren sechs Nachbargebäude in großer Gefahr.

t. **Stetten a. k. M.**, 17. Mai. Zu dem tödlichen Unfall am Schaufelsen wird noch berichtet, daß die 22jährige Pflegerin Natalie Basch mit anderen Pflegerinnen und Kindern vom Erholungsheim Heuberg auf dem Höhenweg über den Schaufelsen einen Spaziergang gemacht hatte. Erst abends wurde die Pflegerin vermißt; der Absturz aus einer Höhe von 70 bis 80 Meter hatte ihren sofortigen Tod zur Folge.

Aus Nachbarländern

Großfeuer.

w. **Stuttgart**, 17. Mai. In der vergangenen Nacht ist der größte Teil der Fabrikanlagen der württembergischen Karton-Manufaktur Heidenheim abgebrannt. Der Schaden geht in die Millionen.

*

t. **Ludwigshafen**, 17. Mai. (Drahtber.) Für die Kinder in der Pfalz haben hochherzige Deutschamerikaner und Pfälzer Landsleute in Amerika 300 000 M gespendet und an die Pfalz abgehen lassen.

t. **Ludwigshafen**, 16. Mai. (Drahtbericht.) Bei einer Polizeipatrouille gestern abend 10 Uhr wurde ein gewisser Damian beim Felddiebstahl von einem Schutzmann, als er sich zur Wehr setzte, von diesem durch einen Brustschuß getötet.

t. **Friedrichshafen**, 17. Mai. (Drahtber.) Nach Blättermeldungen haben die Zeppelinwerke den Bau eines 30 000 Kubikmeter großen Luftschiffes begonnen, das im nächsten Frühjahr seine erste Fahrt machen soll. Es ist besonders als Versuchsschiff gedacht für den weiteren Ausbau der funkentelegraphischen Orientierung. Späterhin soll es auch als Schulfahrzeug für das spanische Unternehmen in Buenos Aires Verwendung finden. Gleichzeitig wird der Bau eines 100 000 Kubikmeter großen Fahrzeuges in Angriff genommen, das Amerika als Ersatz für ein zur Auslieferung bestimmtes 1919 zerstörtes Luftschiff erhält.

Aus dem Stadtkreise

Die neue Erhöhung der Eisenbahntarife. Von amtlicher Seite wird gemeldet: Die neuerliche Steigerung der Materialpreise und Personalausgaben der Reichseisenbahn nötigen, bereits zum 1. Juni die Güter-, Tier- und Expreßguttarife um 25 Prozent zu erhöhen. Durch die Kohlenpreiserhöhung vom 20. April erhöht sich der Preis der Eisenbahndienstkohlen pro Tonne um 260 M oder um rund 27 Prozent. In derselben Zeit stieg der Kubikmeter Eichenholz von 3400 auf 4500 M, also um rund 34 Prozent, für Holzschwellen von 240 auf 350 M, d. h. um 46 Prozent. Die Verteuerungsziffer aller von der Eisenbahn gebrauchten Stoffe hat sich von 80 im Monat April auf 92 im Monat Mai erhöht. Die sachlichen Ausgaben der Reichsbahn steigern sich dadurch um rund 7 Milliarden. **Dazu kommt vom 1. Mai ab die Erhöhung der Bezüge für die Beamten und Arbeiter um rund 12 Milliarden, so daß für das Rechnungsjahr 1922 rund 19 Milliarden zu decken sind.** Von einer Erhöhung der Tarife des Personen- und Gepäckverkehrs soll bis auf weiteres Abstand genommen werden, so daß eine Erhöhung der Gütertarife um 25 Prozent zum Ausgleich des Fehlbetrages erforderlich ist.

Lehrgang für Jugendpflege. Das badische Unterrichtsministerium hat die Erlaubnis erteilt, daß die Lehrer und Lehrerinnen sich an dem von dem Badischen Landesverband ev. Jugendvereine veranstalteten Jugendpflegekurs, der vom 6. bis 8. Juni in Eberbach stattfindet, beteiligen können.

Die Reichsjugendwettkämpfe 1922. Auf Veranlassung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen finden am 18. Juni in allen deutschen Städten die Reichsjugendwettkämpfe statt. An ihnen soll sich die gesamte männliche und weibliche Jugend der Jahrgänge 1904 bis 1910 beteiligen. Zur Teilnahme sind die Schüler aller Unterrichtsanstalten, sowie die jugendlichen Mitglieder der Turn- und Sportvereine eingeladen.

Wiedereröffnung des Kaffee Tannhäuser. Das in der Karlstraße gegenüber der Hauptpost gelegene Kaffee Tannhäuser hat seinen Betrieb nach vollständiger Neuherrichtung seiner Lokalitäten in vollem Umfang wieder aufgenommen. (S. d. Anz.).

Veranstaltungen.

Gesangs-Abend. Im Vierjahreszeiten-Saal veranstaltete die einheimische Gesangspädagogin Frl. Luise Spitz ein kleines Konzert, in dem sie die Blüte ihres Schülerkreises vorführte. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß man es mit einer Lehrerin zu tun hat, die trefflich versteht, technisch, wie musikalisch gleich sicher zu schulen und vor allem mit vollem Verständnis auf die Individualität jeder einzelnen Schülerin abzuzielen. Besonders angenehm berührte, daß die Lehrerin offenbar ein starkes künstlerisches Verantwortlichkeitsgefühl besitzt; man hörte weder eine in die Augen springende Unfertigkeit, noch eine unkünstlerische Leistung; man hatte lediglich die Empfindung, daß da und dort noch Steigerungsmöglichkeiten seien, was ja ganz am Platze ist. Das Programm bot Ausschnitte aus so ziemlich allen Epochen der Gesangsliteratur; die altitalienische Arie, das moderne Kunstlied waren vertreten. Anzuerkennen ist, daß auch Kompositionen unserer einheimischen Tonsetzer berücksichtigt waren; Lieder von Clara Faißt und Hermann Knierer hinterließen nachhaltigen Eindruck. Auf deutliche und gut klingende Textaussprache wird erfreulicherweise viel Wert gelegt. Gleichviel, ob der dunkelgefärbte sonore Alt von Frau Berberich, oder der helle jugendlich-dramatische Sopran von Frl. Brose sich für die Arien und Lieder einsetzten, ob das temperamentvolle und musikalisch sehr gereifte Frl. Filbert ihre Koloraturen trillerte oder die gutstimmige Frau Kreppein die süßen Weisen sang, ob das intelligente Frl. Esselborn, die stimmbegabten Damen Haeselin, Sutter und Stephan oder der musikalisch sich gut bewährende Harald Remit, sang, alle verstand man vorzüglich, alle blieben in der Intonation sauber, alle wußten ihre Atemführung zu beherrschen und, was das Wichtigste ist, sie sind dazu erzogen, das Gelernte lediglich als Mittel zu einer geschmackvollen, musikalischen Darstellung anzusehen und zu verwenden. Die Begleitungen der Gesänge hatten zwei der Sängerinnen selbst; Frl. Filbert und Frl. Esselborn mit bestem Gelingen inne. mt.

Bühne und Welt. Da vielfach die irrige Ansicht laut wird, das vom Personal des Landestheaters veranstaltete Frühlingsfest im Stadtgarten und der Festhalle am Samstag, den 20. Mai, diene der Stärkung des Pensionsfonds des Landestheaters, käme den bereits pensionierten Mitgliedern unserer Bühne also nur mittelbar zugute, so sei hiermit ausdrücklich klargestellt, daß der unverkürzte Reinertrag des Festes unmittelbar an die in Betracht kommenden alten Pensionäre und die Hinterbliebenen ehemaliger Karlsruher Bühnenmitglieder verteilt und ausgehändigt wird. — Vielfachen Wünschen und Anregungen entsprechend können auf der unteren Galerie im Saal Plätze an den Tischen vorausbestellt werden. Hierfür wird eine Gebühr von 5 M pro Stuhl erhoben. Karten hierzu sind von Mittwoch an nur in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, erhältlich. Es handelt sich hierbei nur um eine beschränkte Anzahl von Plätzen, alle übrigen sind frei. Bei der Modeschau werden Konzertmeister Voigt und Kammermusiker Schimek ihre Kunst in den Dienst der Sache stellen. Im Bierkeller zum „Münchener Kindl" wird das beliebte Vokalsextett des Landestheaterchores neben der Schrammelmusik erfreuen.

Nach dem Promenadekonzert, in dem Willy Zilken die Preislieder aus Richard Wagners „Meistersingern" zu Gehör bringt, wird der Tanz durch einen vom gesamten Ballettchor ausgeführten Reigen mit anschließender Blumenpolonaise eingeleitet, die voraussetzt, daß alle daran teilnehmenden Damen und Herren mit Blumen geschmückt sind, wie denn besonders den Damen empfohlen sei, dem Charakter des Festes durch Anlegen von Blumenschmuck (Kränze im Haar, Sträuße) möglichst Rechnung zu tragen.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Auch die zweite öffentliche Vorführung des Hochlandfilms „Im Kampf mit dem Berge" hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Die Erläuterungen, die Oberjustizsekr. Ott dazu gab, erwiesen sich in ihrer knappen Sachlichkeit als dem Verständnis des Films sehr förderlich, zumal sie auch da, wo bei der Aufnahme etwa der Alpinist hie und da einmal dem Filmmann eine kleine Konzession gemacht hatte, die Dinge in feiner, humorvoller Kritik wieder zurechtrückten. W.

6. **Kammermusikabend.** Zwei Werke von hervorragender Bedeutung weist das Programm des letzten Abonnementskonzert der Konzertdirektion Kurt Neufeldt auf. Beethovens von köstlichem Humor durchtränktes in sonniger Jugendfrische erstrahlendes Septett, op. 20, und als Gegenstück hierzu das von rührender Wehmut erfüllte, stellenweise ans Tragische streifende Spätwerk des Wiener Meisters Franz Schubert, sein Oktett, op. 166. Zum letzten Male wurden diese beiden Werke aufgeführt am 24. September 1920 durch das Wendlingquartett. Sie bildeten den krönenden Abschluß des 2. Karlsruher Kammermusikfestes. Den Streicherpart hat diesmal das Karlsruher Streichquartett übernommen, während die Bläser dieselben Herren sein werden, wie damals, die Vertreter der Soloinstrumente des Landestheaterorchesters. Kartenverkauf bei Kurt Neufeldt.

Handlesekunst. Heute Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, wiederholt Dr. Carl Höcker aus Frankfurt seinen mit so großem Beifall aufgenommenem wissenschaftlichen Lichtbildervortrag über Graphologie und Chirologie. Er wird diesesmal im Eintrachtsaale sprechen. Karten bei Kurt Neufeldt und an der Abendkasse.

„**Fridericus Rex**", der Film der gegenwärtig in den Residenzlichtspielen erstmals zur Aufführung gelangt, findet das größte Interesse. Er vermittelt dem Zuschauer ein anschauliches Bild von dem Verhältnis zwischen Friedrich Wilhelm I. und seinem Sohne. Wie der erste Teil des Films, dürfte auch der zweite, der ab nächsten Freitag zur Aufführung gelangt, eines vollen Erfolges sicher sein.

Illich's Zitherverein hält am Samstag, abends 8 Uhr, im Eintrachtsaal ein Konzert unter Mitwirkung von Fräulein Else Schlimm (Sopranistin) ab. (S. d. Anz.).

Der Fußballverein Pforz-Maximiliansau feierte am 14. Mai sein 10jähriges Stiftungsfest. Neben einer schön verlaufenen kleineren Feier am Vorabend und mehreren Freundschaftsspielen am Vormittag des Festtages bildete ein Wettspiel zwischen dem Jubelverein und der Liga-Reserve des V.f.B. Karlsruhe den Höhepunkt, das aber leider unentschieden endigte 3:3.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 16. Mai: Friedrich Lohn von Wetzlar, Bantbeamter in Baden, mit Lina Brechtel von Mannheim; Flor. Utz von Ettlingenweier, Vorab. hier, mit Wilhelmina Schaaf, geb. Wollensack, von hier; Wilhelm Vetter von Gmünd, Fabrik. hier, mit Eva Hipp von hier; Hermann Maier von Freiburg, Lok.-Heizer hier, mit Emilie Schucker von hier; Jakob Herrmann von Gondelsheim, Bahnarbeiter hier, mit Pauline Pfullendörfer von Hagsfeld; Hans Krant von hier, Lagerist hier, mit Marie Soth von Kork; Erwin Lumpp von Ettlingenweier, Masch.-Schlosser hier, mit Anna Pflüger von Niederbühl; Karl Stapf von hier, Bahnarb. hier, mit Frieda Schmidt von Leipzig-Rundnitz; Carl Ruch von Durlach, Weißgerber allda, mit Sophie Bruckschlegel, geb. Säuringer, von Rehlingen; Heinrich Langveter von St. Ilgen, Fab.-Arb. hier, Sofia Bulling von Weiler.

Geburten. 11. Mai: Selma Irene, Vater Ruben Schädel, Kaufm.; Anna Marta, Vater Otto Magi-not, Büroassistent. — 12. Mai: Erich Georg, Vater Erich Krone, Kaufm. — 13. Mai: Ella Anneliese, Vater Karl Ganz, Bohrer. — 14. Mai: Katharina Anna, Vater Wilh. Barth, Mechaniker; Herta Emma Edith, Vater Arthur Vogel, Fabrikant. — 15. Mai: Herm. Otto, Vater Friedr. Benz, Werkführer; Meta Paula, Vater Wilh. Rall, Kaufm. — 17. Mai: Heinz Roter, Vater Franz Häns, Eisenbahnschaffner; Ilse Ingeborg, Vater Friedr. Decker, Baumeister.

Todesfälle. 16. Mai: Martah Frank, alt 24 Jahre, Ehefrau von Karl Frank, Telephonist; Lisa, alt 1 Jahr 8 Monate 20 Tage, Vater † Martin Pister, Tagl.; Ernst Lasch, Hilfsarb., alt 21 Jahre; Susanna Kern, alt 63 Jahre, Ehefrau von Johann Kern, Oberrechn.-Rat. — 17. Mai: Karl, alt 1 Jahr 3 Monate 1 Tag, Vater Alois Weiler, Schlosser; Anna Herm, Schneiderin, ledig, alt 26 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, den 18. Mai. 3 Uhr: Susanna Kern, Oberrechn.-Rats-Ehefrau, Augustastraße 20, Feuerbestattung. — 4 Uhr: Martha Frank, Telephonists-Ehefrau, Georg-Friedrichstr. 24. — 3/45 Uhr: Ernst Lösch, Hilfsarbeiter, Rudolfstraße 1.

Gerichtssaal

t. **Freiburg**, 17. Mai. Das Schwurgericht hat seine Beratungen aufgenommen und befaßte sich in seiner 1. Sitzung mit der Totschlagsanklage gegen den 27jährigen ledigen Fuhrknecht Wilhelm Carle aus Pforzheim und den 26jährigen Fuhrmann Ferdinand Booz aus Giersbach-Wehrhalten. Die beiden hatten in der Neujahrsnacht mit dem 48jährigen Sägereiarbeiter Gundersweiler Streit angefangen und ihn niedergeschlagen. Gundersweiler erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb. Die Verhandlung konnte nicht zum Abschluß gebracht werden, da Carle zur Beobachtung seines Geisteszustandes zunächst in die psychiatrische Klinik kommt.

Tagesanzeiger.

Donnerstag, den 18. Mai 1922.

Bad. Landestheater. „Der Freischütz". 7 bis ¾10 Uhr.
Städt. Konzerthaus. Badische Lichtspiele. Nachmittags 6 Uhr und abends ½9 Uhr.
Verein für das Deutschtum im Ausland. Teenachmittag 4½ Uhr im großen Museumssaal, Karlstr. 10.
Eintrachtsaal. Handlesekunst, Lichtbildervortrag. 8 Uhr.
Rathaussaal. Oeffentlicher Vortrag. Anthroposophie und Christentum. 8 Uhr.
Colosseum. Bauerntheater. 8 Uhr.
Mieterschutzverein. Mitgliederversammlung für die Weststadt, 8 Uhr, im „Fellseneck".
Welt-Kino. Neues Programm.
Beiertheimer Fußballverein. Außerordentliche Mitgliederversammlung. ½8 Uhr im Lokal.
Kaffee Tannhäuser. 4 Uhr Konzert.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	16. Mai	17. Mai
Badische Bank	530.—	530.—
Darmstädter Bank	297.—	297.—
Deutsche Bank	599.75	599.75
Diskonto Commandit	433.—	433.—
Dresdener Bank	315.—	315.25
Mitteld. Creditbank	265.—	263.—
Oesterr. Länderbank	165.—	180.—
Pfälzische Bank	47.—	47.20
Rheinische Creditbank	259.—	258.—
Südd. Diskonto-Ges.	327.—	329.—
Wiener Bankverein	65.—	66.—
Württbg. Notenbank	520.—	515.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	—.—
Gelsenkirchen	1015.	1007.
Harpener	1810.	1822.
Laurahütte	1950.	1925.
Aschaff. Zellstoff	850.—	825.—
Grün & Bilfinger	—.—	615.—
Zementw. Heidelberg	780.—	750.—
Bad. Anilin	755.—	745.—
Scheideanstalt	1018.	980.—
Höchster Farben	694.—	685.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	459.—	441.—
Gebr. Junghans	529.50	518.—
Adler & Oppenheimer	1520.	1505.
B. Masch. Badenia	575.—	565.—
Maschfabr. Durlach	801.—	803.—
Maschfabr. Gritzner	1702.	1712.
Haid & Neu	745.—	705.—
Maschfabr. Karlsruhe	832.—	806.—
Oberursel	659.—	640.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	505.—	600.—
Elsässer Baumwolle	—.—	1090.
Spinnerei Ettlingen	1400.	1400.
Uhrenfabr. Furtwang.	921.—	920.—
Waggon-Fabrik Fuchs	658.—	640.—
Zellstoff Waldhof	835.—	880.—
Zuckerfabr. Waghäusel	885.—	871.—
Zuckerfabr. Frankenth.	879.—	853.—
Benz Motoren	500.05	490.85
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	845.—	836.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	16. Mai	17. Mai
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	100.—	100.—
5% III „ „	100.—	100.—
4½ IV—V „	88.—	88.—
4½ VI—IX „	73.50	73.50
4½ 1924er „	96.30	96.40
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	94.60	95.90
3½% „ „	83.70	82.25
3% „ „	112.50	111.—
Deutsche Prämienanl.	84.75	85.—
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 1922	100.—	100.—
4% Preußische Konsols	85.—	84.—
3½% „ „	70.—	70.40
3% „ „	74.10	75.75
4% Bad. Staatsanl. 08/14	79.25	79.—
Eisenbahn-Aktien		
Schantunghahn	461.—	465.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	865.—	890.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1485.	1550.
Deutsch-Australien	514.—	520.—
Hamburger Paketfahrt	403⅛	402.25
Hambg.-Südamerika	740.—	735.—
Hansa D.-Schiffahrt	380.—	368.—
Norddeutscher Lloyd	326.—	323.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	531.—	532.—
Darmstädter Bank	299.—	298.—
Deutsche Bank	601.—	603.—
Diskonto-Commandit	436.—	436.—
Dresdener Bank	322.—	—.—
Nationalbank	302.—	301.—
Oesterr. Credit	87.50	87.75
Reichsbank	210.75	210.—

Industrie-Papiere	16. Mai	17. Mai
Accumulatoren	980.—	955.—
Adlerwerke	509.—	504.—
Alexanderwerke	485.—	470.—
A. E. G.	667.50	—.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1775.	1875.
Augsburg-Nürnberg	1240.	1185.
Badische Anilin	751.—	750.—
Bergmann Elektrizität	678.—	660.—
Berl. Anh. Maschinen	669.50	641.—
Berliner Maschinen	1073.	1067.
Bing Nürnberg	560.—	547.50
Bismarckhütte	—.—	2100.
Bochumer Guß	1109.	1080.
Gebrüder Bühler	—.—	—.—
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	800.—	780.—
Chem. Griesheim	768.—	765.—
Chem. Albert	1715.	1749.
Daimler Motoren	453.—	443.—
Dessauer Gas	595.—	583.—
Deutsch-Luxemburg	952.—	966.—
D. Eisenbahn S. W.	—.—	780.—
Deutsch Erdöl	2000.	—.—
Deutsches Kali	1710.	1710.
Deutsche Waffen	—.—	1405.
Deutsch Eisenh.	575.—	569.—
Dynamit Trust	679.—	670.—
Elberfelder Farben	709.—	697.—
Eschweil. Bergwerke	925.—	910.—
Feldmühle Papier	765.—	750.—
Felten & Guilleaume	852.—	829.—
Filter Brautechnik	1870.	1850.
Gaggenau	820.—	766.—
Gasmotoren Deutz	720.—	694.—
Gelsenkirchen	1005.	1014¾
Genschow	610.—	582.—
Goldschmidt	824.—	800.—
Gritzner Maschinen	1750.	1680.
Hannover Maschinen	3100.	3000.
Hannover Waggon	645.—	610.—
Harpener	1800.	1850.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	666.—	640.—
Höchster Farben	695.—	687.—
Hösch Eisen	1122.	1175.

	16. Mai	17. Mai
Hohenlohe	805.—	805.—
Kali Aschersleben	990.—	998.—
Maschfabr. Karlsruhe	819.—	790.—
Ver. Köln.-Rottweil	815.—	722.—
Kostheimer Cellulose	750.—	750.—
Kyffhäuser	485.—	450.—
Lahmeyer Co.	420.—	410.—
Laurahütte	1870.	1950.
Lindes Eismaschinen	1198.	1170.
Ludwig Löwe	1060.	1040.
Lothringer Zement	811.—	811.—
Mannesmann.	1250.	1225.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	839.50	830.50
Oberschl. Eisenindustr.	671.—	660.—
Oberschl. Kokswerke	1380.	1390.
Orenstein & Koppel	1080.	1065.
Phönix Bergwerke	1110.	1155.
Rheinisch Metall	444.—	426.—
Rheinisch Stahl	1060.	1070.
Rombacher Hütte	580.—	565.—
Rütgerswerke	845.—	834.—
Sachsenwerke	531.—	591.—
Schuckert & Co.	610.—	605.—
Siemens & Halske	940.—	955.—
Sinner Brauerei	650.—	649.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1475.	1449.
Stollberger Zink	1050.	1065.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	770.—	731.—
Vereinigt. D. Nikel	1170.	1165.
Vereinigt. Glanzstoff	2625.	2625.
Vereinigt. Stahl Zypen	3854.	3805.
Wanderer Fahrrad	1630.	1630.
Westeregeln Alkali	1620.	1640.
Zellstoff Waldhof	830.—	792.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2087.	2070.
Pomona	12600.	12600.
Kollmar & Jourdan	1070.	1085.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 17. Mai.

	16. Mai Geld	16. Mai Brief	17. Mai Geld	17. Mai Brief
Antwerpen-Brüssel	2357.60	2362.40	2410.—	2415.—
Holland	10939.	10961.	11251.20	11273.80
London	1257.20	1259.80	1285.20	1287.80
Paris	2592.40	2597.60	2629.80	2635.20
Schweiz	5399.50	5410.50	5534.40	5545.60
Spanien	4420.50	4429.50	4483.—	4492.—
Italien	1498.50	1501.50	1523.40	1526.60
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	6058.90	6081.10	6153.80	6166.20
Norwegen	5244.70	5255.30	5369.60	5380.40
Schweden	7255.20	7269.80	7406.—	7420.—
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	282.70	283.30	288.70	289.90
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	2.88	2.92	2.98	3.02
Budapest	36.98½	37.06½	36.76	36.84
Prag	541.90	543.10	552.40	553.60

w. Berlin, 17. Mai.

	16. Mai. Geld	16. Mai. Brief	17. Mai Geld	17. Mai Brief
Rotterd.-Amsterd.	10936.30	10963.70	11235.90	11264.10
Brüssel	2352.—	2368.—	2401.95	2408.05
Christiania	5258.40	5271.60	5368.25	5381.75
Kopenhagen	6007.45	6022.55	6167.25	6182.75
Stockholm	7240.90	7259.10	7405.70	7425.30
Helsingfors	589.25	590.75	596.75	598.25
Italien	1498.10	1501.90	1523.05	1526.95
London	1257.40	1260.60	1287.35	1290.65
Newyork	282.14	282.86	288.88	289.62
Paris	2596.75	2601.85	2636.70	2643.30
Schweiz	5418.20	5431.80	5548.05	5551.95
Spanien	4434.45	4445.55	4539.30	4550.70
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	2.93	2.97	2.93	2.97
Prag	540.80	542.20	551.80	553.20
Budapest	36.75	36.85	36.75	36.85
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	206.20	206.80	212.70	213.30
Buenos-Aires	104.10	104.40	106.60	106.90
Japan	133.75	134.75	136.75	137.75
Rio de Janeiro	—.—	—.—	40.19	40.31

Abenddevisen.

Frankfurt, 17. Mai.

Brüssel	2420	Paris	2650
Holland	11300	Italien	—
London	1295	Neuyork	291
Schweiz	5570		

Tendenz: etwas fester.

w. Zürich, 17. Mai.

	16. Mai	17. Mai
Holland	202.80	200.40
Deutschland	1.85	1.82½
Wien	0.05¼	0.05½
Prag	10.—	10.—
Paris	47.97½	47.60
London	23.34	23.22
Italien	27.72½	27.47½
Brüssel	43.80	43.35
Budapest	0.67½	0.67½
Newyork	524.—	522.25
Agram	1.92	1.90
Warschau	0.13	0.13
Kopenhagen	111.50	110.50
Stockholm	134.50	134.—
Christiania	97.50	97.—
Madrid	81.80	81.75
Buenos-Aires	190.—	192.50
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	(a) vorbörsl.	(b) nachbörsl.
Holland	109½—113	112—113½
Schweiz	5400—55¼	55¼—5500
Paris	2580—2650	26¼—26¾
Belgien	2370—2430	2400—2435
London	1265—1292	1287—1298
Neuyork	282—291	289—293
Italien	1505—1525	1525—1545
	Tendenz: schwankend.	Tendenz: ruhig, befestigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 17. Mai (abends).

Belgien	2420	Schweiz	5570
Paris	2650	London	1295
Neuyork	291	Italien	—
Holland	11300		

Tendenz: etwas fester.

Die deutsche Industrie in Hamburg.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hält in diesem Jahre seine 4. ordentliche Mitgliederversammlung in den Tagen vom 21. bis 25. Mai in Hamburg ab. Die Tagung wird am 22. Mai, 9 Uhr vormittags, durch einen Begrüßungsakt im großen Festsaal des Hamburger Rathauses eröffnet. Hierbei wird der Vorsitzende des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herr Dr.-Ing. e. h. Kurt Sorge, M. d. R. und M. d. R.W. (Berlin), eine Eröffnungsansprache halten. Aus dem Programm der Tagung werden besonders die Verhandlungen des allgemeinen Teils der Mitgliederversammlung am 22. und 23. Mai im großen Saale des Hamburger Curio-Hauses für weitere Kreise von Interesse sein. Vorträge über die gegenwärtig schwebenden Wirtschaftsprobleme werden von folgenden Herren gehalten:

1. Geheimrat Dr. Bücher, Berlin, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie: „Die jüngste Entwicklung der internationalen Wirtschaftslage und Folgerungen aus der Genueser Konferenz".
2. Max M. Warburg, Hamburg: „Deutsche und internationale Finanzprobleme in ihrer Bedeutung für die deutsche Industrie".
3. Professor Dr. Warmbold, Berlin: „Industrie und Landwirtschaft".
4. Direktor Hans Kraemer, M. d. R.W., Berlin: „Industrie und Welthandel".
5. Rudolf Blohm, Hamburg: „Industrie und Verkehr".
6. Rechtsanwalt Lammers, Berlin: „Die innere Entwicklung der industriellen Organisation in Deutschland".

Die Namen der Berichterstatter wie die zu erwartende starke Beteiligung aus der deutschen Industrie lassen eine eingehende und ernsthafte Betrachtung der augenblicklichen Wirtschaftslage und eine angeregte Aussprache über die von den einzelnen Berichterstattern erörterten Fragen erwarten.

Börse — Handel — Industrie — Gewerbe.

Mannheimer Effektenbörse.

K. **Mannheim**, 17. Mai. (Eig. Drahtber.) Die Börse nahm einen stillen Verlauf. Kleines Geschäft war in Anilin zu 745 %, Benz zu 495 % und Rhein Elektra zu 430 %. Sonst waren noch begehrt Seilindustrie Wolff zu 530, Mannheimer Gummi zu 745, Union-Werke zu 600. Ferner von Brauereien Durlacher Hof zu 775 % und Mannheimer Aktienbrauerei (Meyerhof) zu 800 %.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 17. Mai. Die Börse eröffnete den heutigen Verkehr in schwächerer Haltung. Einige Spezialwerte des Einheitsmarktes standen im Vordergrunde des Interesses. Schon bei Beginn zeigte sich, daß mangels Kaufaufträgen bei den Banken und der geringen Unternehmungslust der Spekulation keine lebhaftere Bewegung aufkommen konnte. Außerdem war die außenpolitische Lage nicht geeignet, der Börse irgend welche Anregung zu geben. Der Devisenmarkt gewann ebenfalls keinen Einfluß auf die Tendenz.

Der Dollar, der heute früh mit etwa 282—283 zu haben war, stellte sich später auf 284. An der Börse trat dann eine weitere Belebung ein bis 287½.

Im freien Verkehr war die Tendenz recht lustlos. Deutsche Petroleum nannte man mit 2050, Mansfelder Kuxe 22 000, Benz 490—495, Elberfelder Kupfer 550, Stoeckicht Gummi 440. Am Rentenmarkt waren verschiedene Auslandswerte schwächer. 5 %ige amortisierte Rumänen waren angeboten. Auf die Befestigung des Dollars trat späterhin eine Belebung und festere Stimmung ein. 4 %ige Ungarische Goldrenten lebhaft bis 270. Mexikaner anziehend. Montanwerte schwächer. Die Kursrückgänge betrugen 10—20 %. Harpener fester einsetzend. Chemische sowie Elektrizitätspapiere verkehrten auf schwächerer Basis. Anglo Continental fest. Von sonstigen variablen Papieren waren Maschinenfabrik Karlsruhe, Eßlingen, Daimler schwach. Aschersleben büßten 60 % ein. Die Werte auf dem Industriemarkt waren mangels Anregung vorwiegend gedrückter. 3 %ige Reichsanleihe sind niedriger angeboten 110. Oesterreichische Staatsbahn 980 verloren 50. Die Börse schloß lustlos und abgeschwächt. Privatdiskont 4½ %.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 17. Mai. An der Börse hat sich in der lustlosen abwartenden Haltung, die seit Wochenanfang wieder Platz gegriffen hat, nichts geändert. Zu den ersten Kursen lagen zumeist Angebote vor, so daß diese sich, obwohl auch vereinzelt namentlich am Montanmarkt, so für oberschlesische Werte Erhöhungen bis 30 % zu verzeichnen hatten, doch durchschnittlich 20—30 % niedriger stellten.

Die Devisenpreise zeigten Neigung zur Versteifung, wobei aber die Geschäftstätigkeit nach wie vor gering war. Dies veranlaßte die Spekulation zu Rückkäufen, so daß zum Teil die anfänglichen Einbußen wieder hereingebracht wurden. Das Geschäft schleppte sich weiter träge hin. Umsätze von einigem Belang fanden nur in Anglo Guano und Laurahütte, sowie wenig anderen Montanwerten bei mäßig erhöhten Kursen statt. Die Geschäftsstille begann an Stärke auch auf den bisher lebhaften Markt für Auslandswerte überzugreifen, jedenfalls ist die bisherige Aufwärtsbewegung zum Stillstand gekommen. Mit Ausnahme von ungarischen und einigen türkischen Renten, die bei wesentlich kleineren Umsätzen mäßig weiter stiegen, war der Kursstand für österreichische Balkanrenten nur knapp behauptet.

Industrien.

Rhein. Dampfziegelei Mall A.-G., Karlsruhe. Gegenstand dieses Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Tonwaren aller Art. Das Grundkapital beträgt 1½ Millionen Mark.

Pfälzische Textilindustrie, Otterwerk A.-G. Die Generalversammlung beschloß die Verteilung einer Dividende von 10 %, im Vorjahre 5 %.

Vereinigte Gothania-Werke A.-G., Gotha. In der am 16. ds. Mts. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung waren 3840 Aktien mit Mk. 3 840 000.— Aktienkapital vertreten. Die Versammlung genehmigte nach dem Vorschlage derVerwaltung die Erhöhung des Grundkapitals um Mk. 1 000 000.— durch Ausgabe von 1000 Stück auf den Namen lautenden Vorzugsaktien zu Mark 1000 mit je achtfachem Stimmrecht in bestimmten Fällen und Gewinnanteilberechtigung vom 1. Januar 1922 an. Die Vorzugsaktien sind auf eine Vorzugsdividende von 7 % mit Nachzahlungsanspruch beschränkt und mit bevorrechtigter Befriedigung im Rückzahlungsfalle mit 110 % ausgestattet. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Der Ausgabekurs der Aktien ist auf Pari festgesezt. Die Vorzugsaktien bleiben in den Händen eines Konsortiums, das aus den beteiligten Banken und den Mitgliedern der Verwaltung besteht.

Banken.

Dividendenvorschlag. Deutsche Effekten- und Wechselbank: Dividendenvorschlag 12 % (i. V. 9 %).

Märkte.

Zum Bühler Schweinemarkt am 15. Mai wurden aufgefahren 419 Ferkel, 9 Läuferschweine aus den Amtsbezirken Achern, Bühl, Baden, Kehl, Rastatt, Oberkirch. Verkauft wurden 414 Ferkel und 9 Läuferschweine in die Amtsbezirke Achern, Bühl, Baden, Kehl, Rastatt, Schwetzingen, Karlsruhe. Der niederste Preis für Ferkel war 700 Mk., der mittlere Preis 1200 Mk., der höchste Preis 1800 Mark; für Läuferschweine war der niederste Preis 2000 Mk., der mittlere Preis 2300 Mk., der höchste Preis 3000 Mk. per Paar.

Kleinverkaufspreise für Gemüse und Obst der Stadt Bühl. Blumenkohl p. St. 15—20 Mk., Gelbe Rüben ohne Kraut p. Pfd. 2.50—3 Mk.., Kopfsalat p. St. 5—5.50 Mk., Mangold p. Pfd. 5 Mk., Radieschen p. Bund 2—2.50 Mk., Meerrettich p. Stange 10—15 Mk., Rhabarber p. Pfd. 3.50 Mk., Rote Rüben p. Pfd. 2.80 Mk., Zwiebeln p. Pfd. 8—10 Mk., Butter p. Pfd. 67—70 Mk., Eier p. St. 4—4.20 Mk., Quark p. St. 6 Mk.

SUNLICHT SEIFE
SUNLICHT SEIFE
SUNLICHT SEIFE

SUNLICHT SEIFE in den beliebten Packungen:
Doppelstück und Achteckstück
in den Läden wieder erhältlich

Wer SUNLICHT SEIFE kennt, greift immer wieder zur
SUNLICHT SEIFE.

Kartoffeln Pfd. Mk. 2.75 in meinen sämtlichen Filialen erhältl.
Bucherer

Kaufgesuche

Villa
Herrschaftshaus u. Geschäftshaus von Auslandsdeutschen gegen bar zu kaufen gesucht durch M. Busam, Herrenstraße 38.

Möbel, Kleider etc.!!
Versteigerung
Kommissionsverkf. erl.
Lackermann, Auktionat., Zähringerstr. 37. Tel. 5516.

Auf Anruf komme sofort
Kaufe gebr. Kleider, Wäsche, Stiefel, gebr. Möbel etc.
Karabanoff, Zähringerstraße 50. Telefon 2051.

Alte Silber-, Gold- u. Platin-Gegenstände zu gewerblichen Zwecken kauft zu höchsten Tagespreisen
Hermann Gengenbach
Goldschmied und Juwelier
Kaiserstraße 243.

Alteisen, Altmetalle,
Metallabfälle, Späne und Aschen, wie
Altpapier, Zeitungen und Akten
kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Kerzner, Alpern, Weißmann & Co.,
Beiertheimer Allee 8 Tel. 801 u. 702.

Flaschen
Wein-, Bordeaux- und Sektflaschen kauft fortwährend zu höchsten Preisen.
Chr. Baier, Flaschengroßhandlung,
Karlsruhe i. B., Werderstr. 72—74 Tel. 3553.

Post-Bestellungen
auf das „Karlsruher Tagblatt"
für Monat Juni
müssen
soweit sie noch nicht erfolgt sind
sofort vorgenommen werden, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Der umstehende Bestell-Zettel wolle ausgefüllt entweder dem Briefträger übergeben oder unfrankiert in den nächsten Briefkasten geworfen werden.
Geschäftsstelle des „Karlsruher Tagblatt".

Pianino zu kaufen gesucht. Preisangebot unter Nr. 469 ins Tagblattbüro erbeten.

Piano
älteres, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unt. Nr. 472 i. Tagblattb. erb.

Kinderliegewagen
(Korb) aus gutem Hause zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preisangab. an H. L., Muggensturm, Kirchstraße, erbeten:

Gebr. Möbel
jeder Art sowie ganze Haushaltungen werden zu reellen Preisen an- u. verkauft. Möbelgeschäft
Karl Weidemann,
Kapellenstraße 52.

Federbetten
u. Matratzen, auch ältere Stücke, kauft laufend
D. Gutmann,
Rudolfstraße 12.

Herren- und Damen-Kleider, Schuhe, Weißzeug, alte Möbel, Federnbetten, Matratzen, auch ältere, Uhren kauft zu den höchsten Tagespreisen
J. Meer,
An- und Verkaufshaus,
Kaiserstr. 37. Tel. 4870.

Kaufe
getr. Kleider, Schuhe, Stiefel, Militär-Uniformen, Pfandscheine, Möbel aller Art, zu reellen Tagespreisen.
A. Schay, Kaiserstr. 67.
Eingang Waldhornstr.

Gebrauchte Uhren
aller Art sowie Regulateure, wenn auch reparaturbedürftig, kaufe fortwährend, auch
Zahngebisse
und zahle von 30 ℳ an und mehr pro Zahn.
J. Gelman, Uhrmacher, Zähringerstr. 36.

Zukunftsreiche Selbständigkeit
auf durchaus risikoloser Basis
bietet größeres Werk durch Uebergabe von Alleinvertretungen in allen größeren Plätzen Süddeutschlands für einen konkurrenzlosen Weltschlager, Haushaltartikel, von unbegrenzter Absatzfähigkeit. Reflektiert wird auf arbeitsfreudige Herren und Damen, die sich selbständig zu machen wünschen und im Besitze von ca. 2500—5000 Mk. disponibler Betriebsmittel sind, je nach Größe des Bezirkes. Ernsthafte Reflekt. wollen sich melden Donnerstag, 18. Mai, Zeit 9—4 Uhr, Hotel „Hohenzollern". Schriftliche Anfragen: Troki-Werke, Direktion: Augsburg, Haunstetterstraße 27.

Dezimalwage
bis 500 kg Tragkraft, saubere Korbflaschen, alle Größen, runde Bonbongläser, Blechdosen, weiße Literflaschen zu kaufen gesucht: Werderstraße 11, Seitenbau.

Waffen
aller Art kauft
A. Böttcher, Adlerstr. 40.

Bester Zahler
für getrag. Kleider, Schuhe, Weißzeug, Altfisen, Metall, Lumpen, Papier, Pfandscheine, Keller- u. Speicherkram, Sekt- und Weinflaschen.
J. Brief, Fasanenstraße 35.

Häuser und Hypotheken
August Schmitt
Hirschstraße 43
Telephon 2117.

Komme pünktlich!
Zahle die höchsten Preise für getr. Herrenkleider, Schuhe, Wäsche, Uniformen, Pfandscheine.
A. Okuniewski,
Brunnenstraße 4.

Trauerbriefe
jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung
C. F. Müllersche Hofbuchhandlung
m. b. H.

Statt besonderer Anzeige.
Unsere liebe Mutter, Schwägerin, Tante, Großtante und Urgroßtante
Frau Anna Keul Witwe
ist heute nachmittag von ihrem langen Leiden durch einen sanften Tod erlöst worden.
Karlsruhe, den 17. Mai 1922.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Dr. Keul.
Die Beerdigung findet am Freitag mittag ½12 Uhr statt.

Statt besonderer Anzeige.
Unser lieber, treubesorgter Bruder
Karl Laub
Oberrechnungsrat a. D.
wurde uns heute unerwartet durch den Tod entrissen.
In tiefer Trauer:
Marie Heckmann, geb. Laub.
Karlsruhe, den 17. Mai 1922.
Trauerhaus: Karlstraße 90.
Beerdigung: Freitag, den 19. Mai, nachmittags 4 Uhr.
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Todes-Anzeige.
Heute früh verschied unerwartet rasch unsere liebe Tochter
Anna Herm
im 26. Lebensjahre.
Karlsruhe, den 17. Mai 1922.
Klauprechtstr. 40.
Albert Herm, Zimmermann
Sofie Herm, geb. Mohr
Frida Keller, geb. Herm
Albert Keller, Maschinist.
Beerdigungszeit: Freitag, den 19. Mai, mittags 2 Uhr.

Todes-Anzeige.
Nach kurzer, schwerer Krankheit wurde uns heute unsere geliebte, einzige Tochter und Schwester
Margot
im 19. Lebensjahre infolge eines schweren Unfalles durch den Tod entrissen.
In tiefer Trauer:
Wilhelm Woelber u. Frau,
geb. Wimpfheimer,
Hellmut Woelber.
Hamburg, Hochallee 3, 16. Mai 1922.

Waffen
auch reparaturbedürftige, kauft zu höchsten Preisen
Waffen-Ratzel
Kaiserstr. 229, Eing. Hirschstr. Tel. 3383.

Sämtliche Futterstoffe und Knöpfe
für Herren- und Damenschneiderei
empfiehlt
Peter Mees, Schneiderartikelgeschäft
Herrenstraße 42.

Bekanntmachung.

Die Metallindustrie fordert die Durchführung der 48-Stundenwoche.

Fast überall im Deutschen Reich ist diese Arbeitszeit durch Vereinbarung mit der Arbeiterschaft anerkannt. Auch in der Metallindustrie Südbadens und der Pfalz wird 48 Stunden in der Woche gearbeitet. In Bayern, Württemberg und im Mannheimer Industriebezirk sowie in Frankfurt (Hessen) und Mittelbaden will aber die Metallarbeiterschaft nur 46 Stunden wöchentlich arbeiten. Sie ist irregeführt durch die Behauptung, die Arbeitgeber wollten den 8-Stundentag bekämpfen. Das Gegenteil ist wahr.

Die Forderung der Metallindustrie gilt gerade der Durchführung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit, weil unsere wirtschaftlichen Verhältnisse die größte Anspannung der Arbeitskraft aller gebieten. Auch die Regierungen der Länder und des Reichs und die angerufenen Schlichtungsinstanzen der betroffenen Gebiete haben sich grundsätzlich auf den Boden der 48-Stundenwoche gestellt. Die Arbeitgeber haben in Lohn- und Urlaubsfragen weitgehendes Entgegenkommen gezeigt. Trotzdem wird schon viele Wochen in den benachbarten Gebieten gestreikt, und durch das langdauernde Stilliegen der Arbeit ist unermeßlicher Schaden entstanden.

Um was tobt der Kampf?

Um eine zwei-stündige Mehrarbeit pro Woche.

Welche Mehrarbeit wird für den Tag vom Arbeiter verlangt?

Zwanzig Minuten!

Wieviel Arbeitsstunden würden dadurch in der Süddeutschen Gruppe pro Woche mehr geleistet?

Etwa **400 000 Arbeitsstunden**

Der freie Samstag-Nachmittag bleibt bestehen!

Bisher war es möglich, die Ausbreitung des Kampfes auf unseren Bezirk zu vermeiden. Nunmehr müssen aber auch wir als Mitglied der Süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Aussperrung schreiten, um dadurch die Einmütigkeit der Arbeitgeber in dieser für uns lebenswichtigen Frage zu bekunden.

Die Kündigung erfolgt allgemein mit Wirksamkeit auf den 2. Juni.

Falls in den benachbarten Gebieten die Arbeit ordnungsgemäß wieder aufgenommen wird, werden wir unsere Kündigung zurückziehen.

Karlsruhe, den 17. Mai 1922.

Verband der Metallindustriellen Mittelbadens

Karlsruhe i. B.

Herren-Hemden
nach Maß
mit 2 Kragen
in
Zefir
Mark
470.- 500.-
in
Perkal
Mark
400.- 450.-
Heinrich Hilberg
Augustastr. 7.

Zu vermieten

Wohnungs-Tausch
v. Pforzheim nach Karlsruhe, 2 Zimmerwohnung mit Küche gegen ebensolche, eventl. 3.
E. Funderl, Pforzheim Arkaden Nr. 1.

Wohnungs-Tausch
Baden-Baden-Karlsruhe
Schöne 5 Zimmerwohnung mit Mädchenzimm. im Stock, 1 Tr., Villa, gegen eine 6 Zimmerwohnung in Karlsruhe zu tauschen gesucht. Elektr. Licht Bedingung. Angebote unter Nr. 466 ins Tagblattbüro erbeten.

Zimmer

Auf 1. Juni ist ein schön
möbl. großes Zimmer
zu vermieten. Zu erfragen Kriegstraße 131 II.

Miet-Gesuche

Möbl. Zimmer für Stud. zu miet. ges. Ang. unt. Nr. 467 ins Tagbl.

Junge, berufstätige Dame sucht gut
möbliertes Zimmer
Angebote unter Nr. 457 ins Tagblattbüro erbet.

Gut möbl. Zimmer
von jung. sol. Kaufmann gesucht. Weststadt bevorz. Angebote unter Nr. 473 ins Tagblattbüro erbet.

Offene Stellen

Jüngere tüchtige
Stenotypistin
findet per sofort oder später auf unserem Büro Stellung. Angebote mit Zeugniss. an Dres. **Dietz, Kirchenbauer, Weill** u. **Sickinger,** Rechtsanw. in Karlsruhe, Kaiserstraße 199.

Näherinnen
gesucht.
Dampfwaschanstalt Schorpp,
Kaiser-Allee 37.

Mädchen
sofort oder auf 1. Juni gesucht Kaiser-Passage 15.

Wirtschafterin
für kl., besseren frauenl. Haushalt nach Pforzheim gesucht. Damen im Alter bis 36 Jahren mit guter Figur, die im Haushalt selbständig sind, wollen Angebote mit Bild unter Nr. 410 ins Tagblattbüro einreichen.

Braves, fleißiges
Mädchen
sofort oder auf 1. Juni gesucht. Frau **Mappes,** Karl-Friedrichstraße 20.

Likörе Sinner Backpulver
SINNER A.-G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Für die Leitung und Bewirtschaftung unseres Speisehauses für Beamte und Arbeiter suchen wir einen
erfahrenen Beamten.
Herren mit längerer Erfahrung in der selbständigen Leitung derartiger Anstalten, sowie im Einkauf von Lebensmitteln, wollen schriftliche Bewerbungen mit lückenlosem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Referenzen und Gehaltsansprüchen einsenden an
Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe
Karlsruhe i. B.

Fleiß. ehrl. Mädchen
für Hausarbeit auf 1. Juni gesucht:
Marienstraße 21 im Laden.

Zuverlässiges, ordentl.
Mädchen
für Hausarbeit bei guter Verpfleg. u. Behandl. ges. Ostendstraße 7. 2. Stock.

Tüchtiges
Mädchen
für Küche und Haushalt sucht
Frau Odenheimer,
Rüppurerstraße 5.

Putzfrau od. Mädchen
gesucht, zweimal wöchentlich, je 3—4 Std., außerdem zur Wäsche alle 14 Tage einmal: Sofienstraße 148, III rechts.

Brav. fleiß. Mädchen
zu kleiner Familie mit 2 Kindern auf 1. Juni gesucht. Zu erfragen Schumannstr. 11, II. r.

Beihilfe für Küche
und **Hausarbeit** ganzen oder halben Tag gesucht: Karl-Friedrichstraße 30, **„Eintracht".**

Putzfrau
gesucht, zweimal wöchentlich, je 2 Std.
Geheimrat Fecht,
Rieffstahlstraße 8.

Saubere Monatsfrau
täglich von 8—11 Uhr gesucht. Empfehlungen erforderlich.
Frau Prof. Franzen,
Kriegsstraße 47.

Saub. Putz- u. Waschfrau für halbe Tage für dauend ges. Kaiserst. 183, 2.

Männlich

Schreibkraft
die möglichst Adler oder Mercedes beherrscht, für einige Abendstunden gesucht. Angebote mit Angabe von Alter und Ansprüchen unter Nr. 386 ins Tagblattbüro.

Stellen-Gesuche

Fräulein
mit gut. Allgemeinbildg., perf. in Stenogr. u. Maschinenschr. und in allen vorkommend. Büroarb. bewand., sucht pass. Stellg. per sofort od. später. Angebote unter Nr. 468 ins Tagblattbüro erbeten.

Junger Mann sucht in seinen Freistunden **Beschäftigung** als
Stenograph und Maschinenschreiber.
Angebote unter Nr. 471 ins Tagblattbüro erbet.

Lehrstelle
auf kaufm. Büro sucht Mädchen aus der Töchterschule mit guten Schulzeugnissen. Angeb. unter Nr. 461 ins Tagblatto.

Verkäufe

Eßzimmer,
sehr gut erhalten, hell eichen, zu verkaufen. Anzusehen täglich nachmittags 4—6 Uhr: Sofienstraße 148, III rechts.

Grammophon (Schrank)
repräsentables Möbelstück, dunkel Eichen, neu, umständehalber sofort zu verkaufen. Näheres Bachstraße 36. I.

1 gebr. **Singer-Nähmaschine** f. Hand- u. Fußbetr., 2 **Glas-Fensterbilder** zu verk. Westendstraße 1, parterre.

Flaschenschrank,
eiserner, 2türig, f. 200 Fl. sehr billig zu verkaufen, **Schmidt,** Waldstr. 66.

Neuer Emailleherd
sowie **Gasherde** billig z. verkaufen: Hardtstr. 28. Anz. 2—6 u.

1 Bettstatt m. Rost gut erhalt., für 600 Mark zu verkaufen. **Wilhelmstraße 76,** 2. St.

Drei **Schaufenster** mit Rolladen u. **Sandsteinfassaden,** 5 gut erhaltene **Gasöfen,** 50—60 versch. **Fenster,** ebenfalls Vorfenster, gut erhalt. **Einfahrtstor, Wendeltreppe** mit Galerie, so gut wie neu, **Speiseaufzug, 3 Kühlanlagen** zu verkaufen. Abbruchstelle Museum von 7 bis 4 Uhr. Nähere Auskunft
Gebr. Knobloch Eggenstein, Tel. 5575.

Preisw. abzugeb. eleg. blauer **Kasten-Kinderliegewagen** a. Federn u. **Hochzeitsanzug** fast neu, für große Figur. Herrenstr. 20, 1 Tr. r.

Smyrna-Teppich
gut erhalten, preiswert zu verk. Angebote unter Nr. 470 i. Tagbl. erbet.

Jackenkleid,
schw. Chw., Größe 46, ganz neu, preisw. zu verkaufen Durl. Allee 30, II.

Sehr gut. blaues **Jackenkleid** preiswert zu verk. Anzuf. **nur** zw. 10—12 Uhr. Zu erfrag. im Tagblatt b.

Guterh. **Knab.-Sommeranzug** u. Mütze f. 8—10 J. z. verk. Anzuf. v. 4 Uhr ab Kapellenstraße 8, 4. St.

Gehrock-Anzug, wen. getr., für gr. schlk. Figur preisw. zu verk. **Bath,** Bürgerstr. 16, 1. St. H.

Herren-, Damen- u. Kinderstiefel zu verk.: Kaiserstr. 109, Hth. 2. St.

Zu verk. 1 Hoftor mit Glas u. Beschläge 1,60 × 2,40, eine Ottoman-Decke. Näh. Beiertheim. Breitestr. 115 b. **A. Diebold.**

Bohnenstangen-Verkauf.
Hasel und Hainbuchen à 1 und 1,20 M. Fichten und Forlen von 1,80 M. **Neurenther,** Brennholzhandlung. Lager Westbahnhof, gegenüber der Güterhalle, von 4—6 Uhr nachmittags.

Ziegenmilch
tägl. 1 Liter abzugeben: Vorholzstraße 31 I.

2 Gluchen mit Jungen abzugeben: Grenzstraße 3, 4. St. lks.

Im Städt. Wasserwerk, Wasserwerkstraße 4, ist ein **alter**
50 PS. Deutzer Gasmotor
mit Pumpe zu verkaufen. Gußeisengewicht etwa 25 000 Kilogr., Schmiedeisengewicht etwa 2000 Kilogr. Die Zerlegung der Pumpe und des Motors übernimmt der Verkäufer. Angebote an das
Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt Karlsruhe, Kaiser-Allee 11.

WEIBERTREU-
Seifenpulver u. Seife sind in einschlägigen Geschäften zu haben
Hersteller: Heilbronner & Cie, Seifenfabrik, Heilbronn a. N.

Neuanlegen und Instandhaltung
von Haus-, Zier-, Obst- und Gemüsegärten, sowie das Schneiden der Formobstbäume und Balkonkästenbepflanzung übernimmt hier und auswärts bei billigster Preisberechnung
Paul Bardenwerper
Kunst- und Landschaftsgärtner
Karlsruhe i. B., Postfach 4.
Offeriere billigst: Obstbäume, Beerenobst, Stauden, Zierpflanzen, Sämereien und Düngemittel.

Bäder- und Kur-Anzeigen finden weitestgehende Verbreitung durch den **Karlsruher Tagblatt**

— Hier ausschneiden. —

Zeitungsbestellung.

An das Postamt (Zeitungsstelle)

Hier.

Unterzeichneter ersucht um **weitere** Zustellung des „Karlsruher Tagblatts" ab

1. Juni 1922

Name .....

Wohnort .....

Straße u. Hausnummer: .....